



84 | 2007
Viola Neu

Die Mitglieder der CDU

EINE UMFRAGE DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

ZUKUNFTSFORUM
POL

ISBN 978-3-939826-70-5

www.kas.de



Konrad
Adenauer
Stiftung

INHALT

5	1. DIE UMFRAGE – METHODISCHE VORBEMERKUNG	
9	2. PORTRÄT DER MITGLIEDER	
	2.1 Alter und Geschlecht.....	9
	2.2 Konfession und christliche Werte	11
	2.3 Beruf und Bildung.....	14
17	3. INNERPARTEILICHE PARTIZIPATION	
	3.1 Aktivitätsniveau	17
	3.2 Innerparteiliches Engagement	20
	3.3 Motive für innerparteiliches Engagement.....	22
	3.4 Bewertung der Parteiarbeit	24
	3.5 Der Eintritt in die CDU.....	25
	3.6 Informationsverhalten der Mitglieder.....	27
	3.7 Innerparteiliche Reformen	29
30	4. POLITISCHE THEMEN	
	4.1 Grundwerte vs. Pragmatismus: Politikgestaltung in der CDU.....	30
	4.2 Akzeptanz von Koalitionen	32
	4.3 Images und Profile der CDU	32
	4.4 Politische Streitfragen	35
39	5. TYPOLOGIE DER CDU-MITGLIEDER	
	5.1 Die gesellschaftspolitisch Liberalen (17 Prozent)	40
	5.2 Die Traditionsbewussten (26 Prozent).....	42
	5.3 Die Marktwirtschaftsorientierten (32 Prozent)	44
	5.4. Die Christlich-Sozialen (25 Prozent)	45
47	6. UNTERSCHIEDE ZWISCHEN WEST- UND OSTDEUTSCHLAND	
51	7. ZUSAMMENFASSUNG	
57	ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG	

© 2007 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck, auch auszugsweise, allein mit Zustimmung
der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Gestaltung: SWITSCH KommunikationsDesign, Köln.

Satz: workstation gmbh, produktionsservice für
analoge und digitale medien, Bonn.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik
Deutschland.

ISBN 978-3-939826-70-5

1. DIE UMFRAGE – METHODISCHE VORBEMERKUNG

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat im Oktober 2006 insgesamt 25.000 CDU-Mitglieder schriftlich-standardisiert befragt. Die Feldzeit begann am 6. Oktober (Versand der Fragebögen) und endete am 12. Dezember 2006. Im November wurden alle Befragten ein zweites Mal angeschrieben. Im zweiten Anschreiben wurde sich bei allen Teilnehmern bedankt und diejenigen, die den Fragebogen noch nicht ausgefüllt hatten, wurden gebeten, dies noch zu tun. Als Ansprechpartner stand die Autorin zur Verfügung.

Die Stichprobe wurde von der Union-Betriebs-GmbH (ubg) gezogen. Die Ziehung erfolgte nach einer reinen Zufallsauswahl. Beim Versand und dem Rücklauf sind keine systematischen Fehler aufgetreten.

Der Fragebogen war auf eine durchschnittliche Befragungszeit von 30 Minuten kalkuliert. Es wurden zwei Versionen verschickt, um Reihenfolgeeffekte zu vermeiden. Die Umfrage war absolut anonym. Es fand keinerlei Rücklaufkontrolle statt (bspw. durch nummerierte Fragebögen).

Die Eingabe der Fragebogen erfolgte in der Konrad-Adenauer-Stiftung in das Analyseprogramm SPSS. Die Dateneingabe war am 15. Dezember 2006 abgeschlossen.

Die Stichprobe war disproportional angelegt. 20.000 Fragebogen wurden in die alten Länder verschickt. 5.000 (20 Prozent) in die neuen Länder. Dies war nötig, um einen entsprechend großen Rücklauf aus den neuen Ländern zu erhalten, um eigene repräsentative Aussagen treffen zu können. Der Anteil der Mitglieder der neuen Länder an der Gesamtmitgliedschaft beträgt 9,5 Prozent (ca. 49.000).

Die Angaben in der Mitgliederstatistik der CDU sind in drei Merkmalen belastbar: Alter und Geschlecht, da sie sich nach dem Eintritt nur schwerlich ändern lassen, sowie das Land, in dem das Mitglied geführt¹ wird. Alle anderen Merkmale weisen Probleme auf, da sie zum Zeitpunkt des Beitritts erhoben werden und sich im Zeitverlauf ändern können, ohne dass in Mitgliederkarteien (dies gilt für alle Parteien) entsprechende Änderungen vorgenommen werden. Somit ist die Struktur der Erwerbstätigkeit durch die Umfrage besser abgebildet als in der Mitglieder-Kartei. Daher wird die Güte der erhobenen Daten nur nach den „belastbaren“ Merkmalen bewertet und die Umfrage nach Alter, Geschlecht und Bundesland² gewichtet. Es zeigt sich, dass es zwischen den erhobenen Daten und der Mitgliederkartei bezogen auf das Alter nur geringe Abweichungen gibt, hinsichtlich des Geschlechts jedoch deutliche³. Aufgrund der disproportionalen Stichprobe und der Überquote für die neuen Länder ergeben sich die Abweichungen in der Umfrage zur Mitgliederstatistik.

REPRÄSENTATIVITÄT DER UMFRAGE		
	Mitgliederstatistik ¹	Umfrage
Geschlecht		
Männer	74,7	79,0
Frau	25,3	20,2
Altersgruppen		
16–24	2,1	2,3
25–29	3,1	3,3
30–39	9,9	8,6
40–49	16,4	15,0
50–59	20,7	20,1
60–69	24,1	26,3
70 und älter	23,3	23,1

REPRÄSENTATIVITÄT DER UMFRAGE		
	Mitgliederstatistik ¹	Umfrage
Bundesland		
Baden-Württemberg	13,9	11,2
Berlin	2,3	2,4
Brandenburg	1,2	3,4
Bremen	0,6	0,4
Hamburg	1,8	1,2
Hessen	9,0	8,4
Niedersachsen	14,1	11,6
Nordrhein-Westfalen	31,1	25,7
Mecklenburg-Vorpommern	1,2	2,8
Rheinland-Pfalz	9,5	8,0
Saarland	3,8	2,6
Sachsen	2,5	6,5
Sachsen-Anhalt	1,6	4,4
Schleswig-Holstein	5,1	4,8
Thüringen	2,2	5,5
keine Angabe		1,1

¹ Mitgliederstatistik der CDU, Stand: 31.08.2006.

Insgesamt antworteten 7.307 CDU-Mitglieder. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 29,9 Prozent. Der Rücklauf verteilt sich wie folgt: Von allen Fragebögen kamen 22,6 Prozent aus den neuen Ländern und 76,3 Prozent aus den alten Ländern (1,1 Prozent waren ohne Angabe). Bei Organisationsmitgliedern gilt eine durchschnittliche Rücklaufquote von 20 Prozent als empirisch ausreichend. Systematische Verzerrungen sind nicht aufgetreten. Die Umfrage kann vor diesem Hintergrund als repräsentativ bewertet werden.

Bereits in den Jahren 1977 und 1992/1993 hat die Konrad-Adenauer-Stiftung Umfragen⁴ unter CDU-Mitgliedern durchgeführt. Somit bot es sich für diese Studie an, Vergleiche und Trends zu den vorherigen Umfragen zu ermöglichen. Im Unterschied zu 1993 konnte allerdings keine repräsentative Bevölkerungsumfrage parallel zur Mitgliederumfrage durchgeführt werden. Daher können die Ergebnisse nicht in Relation zu den Wählern der CDU interpretiert werden. Rückschlüsse von Bedürfnis-

sen der Mitglieder auf die Bevölkerung sind daher nicht möglich. Die Erfahrung mit den Ergebnissen von 1993 zeigt, dass sich zwischen den politischen Vorstellungen der Mitglieder und der Wähler Unterschiede feststellen lassen. Dieser Befund scheint – auch wenn wir dies nicht über eine eigene Bevölkerungsumfrage abgleichen können – sich zu bestätigen.

2. PORTRÄT DER MITGLIEDER

2.1 ALTER UND GESCHLECHT

In einer Reihe von Untersuchungen⁵ ist die Sozialstruktur von Parteimitgliedern gut dokumentiert. Trotz Unterschieden im Detail gibt es sozialstrukturelle Eigenschaften von Mitgliedern, die für alle Parteien typisch sind. Parteimitglieder haben ein überdurchschnittliches hohes Bildungsniveau⁶, Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind überrepräsentiert, jüngere Jahrgänge (unter 40jährige) sind unterrepräsentiert. Parteien haben bei Frauen Mobilisierungsprobleme. Die Mitglieder der beiden Volksparteien tragen dabei nach wie vor die sozialstrukturell sichtbaren Merkmale der alten gesellschaftlichen Konfliktlinien: Die SPD hat einen (mittlerweile jedoch nur noch geringfügig) höheren Anteil an Arbeitern, und die Union hat einen hohen Anteil an kirchenverbundenen, katholischen Mitgliedern. Diese generelle Struktur findet sich auch in dieser Umfrage wieder.

Im Zeitverlauf⁷ fällt zunächst die Verschiebung der Altersstruktur der CDU-Mitglieder auf. Der Anteil jüngerer Mitglieder ist seit 1993 zurückgegangen, der Anteil der über 60jährigen ist gestiegen. War 1993 etwa ein Drittel der CDU-Mitglieder über 60 Jahre alt, so ist es 2006 knapp die Hälfte.

Dieses Phänomen betrifft jedoch nicht nur die CDU. Vielmehr zeigen sich bei allen Parteien Veränderungen der Altersstruktur. 2005 betrug der Anteil der über 60jährigen bei der PDS 70,5 Prozent. Die SPD hatte einen Anteil von 43,6 Prozent,

die CSU von 41,5 Prozent und die FDP von 34 Prozent⁸. Lediglich bei den Grünen könnte der Anteil an über 60jährigen mit geschätzten 10 Prozent unterdurchschnittlich sein.⁹ Etwa 25 Prozent der Bevölkerung sind derzeit über 60 Jahre alt.¹⁰

Der Frauenanteil in der CDU liegt konstant bei 25 Prozent. Auch dies ist im Vergleich zu anderen Parteien nicht auffällig. So hat die SPD einen Frauenanteil von ca. 30 Prozent, die FDP von ca. 23 Prozent und die CSU von ca. 18 Prozent. Bei den Grünen sind ca. 37 Prozent der Mitglieder Frauen. Der höchste Frauenanteil mit ca. 45 Prozent findet sich bei der Linkspartei.PDS.¹¹ Somit haben selbst die Grünen, die als erste deutsche Partei paritätische Frauenquoten einführten und Frauenpolitik in das Zentrum ihrer Agenda stellten, in der Mitgliedschaft einen vergleichsweise geringen Frauenanteil.

ALTERSSTRUKTUR IM VERGLEICH		
	2006	1993
Geschlecht		
Männer	75	75
Frauen	25	25
Altersgruppen		
16–24	2	2
25–29	3	3,7
30–39	10	12,2
40–49	16	20,9
50–59	21	29,2
60–69	24	18,1
70 und älter	23	13,6

2006: Umfragedaten, gewichtet mit der Mitgliederstatistik;

1993: Mitgliederstatistik;

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Politik und Beratung, Archiv-Nr.: 9202, 2006.

2.2 KONFESSION UND CHRISTLICHE WERTE

Insgesamt sind in der CDU die Katholiken im Vergleich zur Gesamtbevölkerung überrepräsentiert. Etwa die Hälfte der CDU-Mitglieder ist katholisch, ein Drittel ist evangelisch und ca. 17 Prozent sind konfessionslos oder gehören einer sonstigen Religion an. In der Bevölkerung zeigt sich hingegen eine andere Verteilung: Bundesweit bekennt sich etwa jeweils ein Drittel zu einer der beiden großen Konfessionen. Ein weiteres Drittel ist ohne Bekenntnis oder gehört einem anderen Glaubensbekenntnis an.¹²

Die Konfessionsstruktur der CDU weicht vor allem in den neuen Ländern stark vom Bevölkerungsdurchschnitt ab.¹³ Während in den neuen Ländern ca. 6 Prozent dem katholischen und 38 Prozent dem evangelischen Glauben angehören, ist vor allem der Anteil der Katholiken unter den CDU-Mitgliedern überdurchschnittlich hoch.¹⁴ Überrepräsentiert sind auch Protestanten, während Konfessionslose deutlich unterrepräsentiert sind.

Bei der Konfessionszugehörigkeit ergeben sich im Vergleich zu 1993 nur geringe Veränderungen. So ist der Anteil der Katholiken in den neuen Ländern gestiegen und beträgt jetzt 23 Prozent (1993: 18 Prozent). In der chronologischen Aufstellung von Oskar Niedermayer¹⁵ zeigen sich im Zeitverlauf von 1991 bis 2005 leichte Verschiebungen in der Zusammensetzung der Mitgliedschaft der CDU. Der Anteil der Katholiken ist nur geringfügig zurückgegangen (von ca. 52 auf 50 Prozent). Der Anteil der Protestanten ist um ca. 6 Punkte gesunken (von ca. 39 auf 33 Prozent). Zugenommen haben diejenigen, die keiner der beiden großen Konfessionen angehören: Von knapp 10 Prozent stellen sie heute etwa 17 Prozent der Mitglieder.

Entsprechend der christlichen Verortung der CDU weichen die Mitglieder in ihrem religiösen Verhalten und ihren Einstellungen von der Bevölkerung ab. Nach den statistischen Angaben der katholischen und der evangelischen Kirche besuchen etwa 15 Prozent der Katholiken und rund 4 Prozent der Protestanten den Sonntagsgottesdienst.¹⁶

Bei den CDU-Mitgliedern zeigt sich ein gegensätzliches Verhalten. Nur etwa jeder Fünfte in der CDU bleibt Gottesdiensten (eher) fern, rund die Hälfte geht zumindest gelegentlich in die Kirche und 21 Prozent in den neuen bzw. 28 Prozent in den alten Ländern besuchen mindestens einmal in der Woche einen Gottesdienst. Dabei zeigt sich in der Tendenz, dass

der Anteil derjenigen, die keine Bindung an die Kirchen aufweisen, sowie diejenigen, die auch nicht die Kirchen besuchen, zurückgegangen ist. Während in der Bevölkerung gleichermaßen die Säkularisierung¹⁷ fortschreitet, nimmt in der CDU im Aggregat die Bedeutung von Religion und Kirche zu.

Dies ist ein altersabhängiger Effekt. Von den jüngeren Jahrgängen geht ein gutes Drittel nicht mehr in die Kirche, bei den über 70jährigen sind es nur 15 Prozent, die nicht in die Kirche gehen. Somit spiegelt sich die gesamtgesellschaftliche Entwicklung in der CDU-Mitgliedschaft wider. Auch wenn die in dieser Untersuchung publizierten Daten¹⁸ nicht direkt mit der Mitgliederumfrage vergleichbar sind, verdeutlichen sie, welche Entwicklung die Gesellschaft prägt. Es werden nur noch 16 Prozent der ab 1965 geborenen als Kernmitglieder den Kirchen zugerechnet; bei den Jahrgängen, die von 1919 bis 1932 geboren wurden, gelten 35 Prozent als Kernmitglieder, bei den Jahrgängen 1933–1945 27 Prozent und bei den 1946–1964 geborenen 19 Prozent.

Somit setzt sich die Säkularisierung langsam aber stetig fort. In der Tendenz kann man sagen, dass die Distanz zu den Kirchen zunimmt, je jünger die Menschen sind. Dieser Trend zeigt sich auch in der CDU-Mitgliedschaft.

Betrachtet man die CDU-Mitglieder auf der Basis der alten gesellschaftlichen Konfliktlinien¹⁹ („cleavages“), befinden sie sich eindeutig auf der Seite „Kirche“. Dementsprechend hoch ist die Kirchenbindung. Knapp die Hälfte der Mitglieder fühlt sich den Kirchen stark verbunden. Damit korrespondiert, dass die Bindung an die Gewerkschaften, die die Konfliktlinie des „Kapitals“ repräsentieren, in der CDU verhältnismäßig schwach ausgeprägt ist. Nach der Verbundenheit mit Gewerkschaften befragt, antworten 3 Prozent, sie fühlen sich stark verbunden, 21 Prozent sagen, sie seien etwas verbunden und 70 Prozent geben an, sie hätten überhaupt keine Bindung an die Gewerkschaften. Somit zeigt sich, dass die CDU-Mitglieder stark auf der konfessionell/kirchlichen Linie verortet sind. Quantitativ ist deren Bedeutung in der Gesellschaft und somit für das Wahlverhalten deutlich gesunken. Zum Beispiel wird die CDU zwar von ca. 75 Prozent der Katholiken mit häufigem Kirchgang gewählt. Dies entspricht allerdings etwa 5 Prozent der Wähler insgesamt.²⁰

KONFESSIONSZUGEHÖRIGKEIT UND KIRCHGANGSFREQUENZ					
		1993		2006	
	Alte Länder	Neue Länder	Alte Länder	Neue Länder	
	%	%	%	%	
evangelisch	34	62	35	57	
katholisch	58	18	57	23	
sonstige/keine	8	20	9	19	
Kirchgangsfrequenz					
häufig	34	16	28	21	
gelegentlich	43	48	48	52	
selten/nie	23	36	20	24	
Kirchenbindung					
stark	38	37	50	46	
schwach	46	48	39	43	
keine	13	14	6	6	

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Politik und Beratung, Archiv-Nr.: 9202, 2006.
(häufig: bis einmal die Woche; gelegentlich bis mehrmals im Jahr, selten: einmal im Jahr und seltener) fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe.

Aufgrund der hohen konfessionellen Gebundenheit, genießen christliche Werte und Religion einen sehr hohen Stellenwert. Das „C“ könnte man dabei in der Mitgliedschaft mit dem Begriff „Markenkern“ beschreiben. So findet die Aussage, dass das „C“ in der CDU ein Relikt aus alten Zeiten sei, noch nicht einmal bei jedem Fünften Mitglied Zustimmung. Auch die individuelle Bedeutung der Religion ist in der CDU im Vergleich zu 1993 sogar noch größer geworden. Sagten 1993 54 Prozent in den neuen und 61 Prozent in den alten Ländern, Religion sei für sie der tragende Grund ihres Lebens, so ist das Zustimmungsniveau in Ost und West 2006 um ca. 10 Punkte gestiegen, was auf die Altersstruktur zurückgeführt werden kann.

Dabei zeigt sich, dass das „C“ durchaus eine Klammer zwischen den alten und den neuen Ländern bildet, da eine erstaunlich hohe Übereinstimmung in den religiösen Werten und Einstellungen besteht.

EINSTELLUNGEN ZUR RELIGION		
2006		
	West	Ost
Das „C“ in der CDU ist ein Relikt aus alten Zeiten. Darauf könnte die Partei verzichten.	19	15
Religion ist für mich der tragende Grund meines Lebens.	70 (61)	64 (54)

2.3 BERUF UND BILDUNG

Vergleichende Mitgliederumfragen aller Bundestagsparteien haben in den letzten Jahren einen wesentlichen Befund weiter gestützt: Es gibt eine deutliche Nivellierung der Sozialstrukturen der Parteien, d. h. die Sozialprofile der Mitglieder von Parteien ähneln sich erheblich. In den Parteien sind vor allem „ressourcenstarke“ Bürger²¹ aktiv, also solche Bürger, die einen gehobenen sozialen Status und ein höheres sozioökonomisches Niveau haben. Dabei lösen sich die Parteien langsam von ihren traditionellen sozialen Milieus.²² Insgesamt waren 1998 in allen Parteien Rentner (außer bei den Grünen) und Angehörige des öffentlichen Dienstes überrepräsentiert. Der Arbeiteranteil ist in allen Parteien unterdurchschnittlich (selbst in der SPD, obwohl diese noch den größten Arbeiteranteil von allen Parteien hat).²³

In der CDU sind 45 Prozent ihrer Mitglieder derzeit berufstätig, 35 Prozent sind im Ruhestand. 36 Prozent der Mitglieder gehören oder gehörten dem öffentlichen Dienst an.

Angestellte²⁴ und Beamte, die Aufgaben übernehmen, die dem gehobenen oder dem höheren Dienst entsprechen, sind in der CDU überrepräsentiert. So üben/übten 46 Prozent Aufgaben aus, die auf dem Niveau wissenschaftlicher Mitarbeiter und darüber einzustufen sind. Deutlich zurückgegangen ist der Arbeiteranteil (von 16 auf 6 Prozent). Dies korrespondiert mit Ergebnissen anderer Mitgliederumfragen. Die repräsentative

Umfrage der Universität Potsdam hat für die CDU einen Arbeiteranteil von 3 Prozent gemessen. Nach den Angaben dieser Studie beläuft sich der Anteil der Arbeiter in der Bevölkerung auf 14 Prozent. Der durchschnittliche Anteil in allen Parteien beträgt 6 Prozent. Die SPD hat einen Arbeiteranteil von 8 Prozent.²⁵

BERUFLICHE POSITION		
CDU-Mitglieder		
	1993	2006
Auszubildende	1	2
Arbeiter/Meister	16	6
Beamte/Angestellte		
einfach	5	5
mittel	17	14
gehoben	19	28
höher	10	18
Landwirte	6	4
Selbständige	18	14
Sonstige	9	8

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Politik und Beratung, Archiv-Nr.: 9202, 2006. Gefragt wurde nach der gegenwärtigen und bei nicht mehr Erwerbstätigen nach der früheren beruflichen Position.

Beim Bildungsniveau zeigt sich von 1993 bis 2006 ein klarer Trend hin zur Akademisierung. Hatten 1993 noch 43 Prozent ein niedriges Bildungsniveau und etwa ein Viertel ein hohes Bildungsniveau, haben sich 2006 die Verhältnisse fast vertauscht. 2006 weist ungefähr die Hälfte der Mitglieder ein hohes Bildungsniveau auf und jeder Fünfte ein niedriges. Der Anstieg an Mitgliedern mit hoher Bildung könnte mit der Befragungsart der Umfrage zusammenhängen. Erfahrungsgemäß neigen Personen mit einem höheren Bildungsniveau eher zum Ausfüllen von schriftlichen Fragebögen. Doch ist der Anstieg zu groß, als dass er nur durch umfragespezifische Begleitumstände entstanden sein kann. Wahrscheinlich ist ein Zusammenhang mit den rückläufigen Mitgliederzahlen. In Parteien waren schon immer besser Gebildete und Angehörige des öffentlichen Dienstes bzw. Angestellte überrepräsentiert. Dieser Trend könnte sich in Zukunft noch verstärken.

BILDUNG (HÖCHSTER ABSCHLUSS)		
	1993	2006
Hauptschule	43	19
Realschule	32	31
Abitur/Studium	25	46

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Politik und Beratung, Archiv-Nr.: 9202, 2006.
Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe. Nicht geprüft werden kann, ob vor allem Personen mit niedrigem Bildungsniveau die CDU verlassen haben.

3. INNERPARTEILICHE PARTIZIPATION

3.1 AKTIVITÄTSNIVEAU

Insgesamt weist die CDU-Mitgliedschaft ein hohes Aktivitätsniveau²⁶ auf. Etwa ein Drittel der Mitglieder ist durch ein Amt oder ein Mandat in die tagesaktuelle Arbeit in der Partei eingebunden. Aber auch die Einbindung in das gesellschaftliche Leben ist bei den Mitgliedern stark ausgeprägt. So sind 16 Prozent Mitglied einer Organisation (wie z.B. einer Gewerkschaft), 36 Prozent anderer Organisationen (auch Berufsverbände) und 5 Prozent einer Bürgerinitiative. Absolut fest verankert ist die CDU im Vereinsleben. 67 Prozent der Befragten sind auch in Vereinen (wie Gesang-, Sport-, oder Schützenvereinen) Mitglied. Nur 14 Prozent geben an, ausschließlich Mitglied in der CDU zu sein. Somit kann die Mitgliedschaft nach wie vor als wichtiger Multiplikator in die Gesellschaft hinein gesehen werden. Allerdings ist diese Funktion nicht überall gleichermaßen verbreitet. So ist die CDU-Mitgliedschaft überwiegend im ländlichen Raum verortet. Allein 58 Prozent der Mitglieder wohnen in Dörfern (in ländlicher wie in städtischer Umgebung) sowie in ländlichen Kleinstädten. In Großstädten wohnen nur 6 Prozent im Stadtzentrum und weitere 11 Prozent in den Vororten. Erstaunliche Veränderungen zu 1993 zeigen sich bei dem Aktivitätsniveau. Während 1993 und 1977 etwa die gleiche Bereitschaft zur Partizipation messbar war, ist 2006 in der Mitgliedschaft eine wesentlich größere Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit vorhanden. 44 Prozent könnten sich vorstellen, aktiv in der Partei mitzuarbeiten und auch ein Amt

oder ein Mandat zu übernehmen. Dies ist ein Zuwachs von 20 Punkten gegenüber 1993. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Veränderung eine Folge der sinkenden Mitgliederzahl ist. Es kann sein, dass überwiegend die „stille Mehrheit“ aus der Partei ausgetreten ist, also diejenigen, die nur passive Mitglieder waren und deren Bindung an die Partei daher auch schwächer ist. Dies kann anhand der Daten jedoch nicht geprüft werden.

AKTIVITÄTSBEREITSCHAFT DER MITGLIEDER			
	2006	1993	1977
Aktive Mitarbeit, gegebenenfalls auch Übernahme eines Amtes/Mandats	44	25	25
Gelegentliche Mitarbeit, jedoch keine Übernahme eines Amtes/Mandats	24	26	33
Unterstützung der Partei durch Mitgliedschaft, ohne selber an irgendwelchen Aktivitäten teilzunehmen	28	44	41
weiß nicht, keine Antwort	4	6	1

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Politik und Beratung, Archiv-Nr.: 7702, 9202, 2006.

Bei der Einstufung des Aktivitätsniveaus könnte auch der „Wunsch Vater des Gedankens“ gewesen sein. Dafür spricht, dass die Frequenz des Besuchs von Veranstaltungen im Zeitverlauf etwa gleich geblieben ist. 2006 sind etwa 16 Prozent der Mitglieder als „Aktivisten“ zu charakterisieren, die regelmäßig Veranstaltungen besuchen. 1993 betrug der Anteil 13 und 1977 16 Prozent. Der Anteil der aktiven Mitglieder im Zeitvergleich ist somit (wahrscheinlich) unabhängig von der absoluten Anzahl der Mitglieder. Der Anteil der Passiven, die maximal einmal im Jahr eine Veranstaltung der Partei besuchen, ist im Vergleich zu 1993 etwa konstant (38 Prozent Passive 2006 zu 42 Prozent Passiven 1993) und im Vergleich zu 1977 geringfügig gewachsen. Auch dies ist ein Hinweis da-

rauf, dass das Aktivitätsniveau unabhängig von der Anzahl der Mitglieder ist.

In den Daten könnte sich jedoch auch ein neuer Mitgliedertyp abzeichnen. Während früher von vielen Mitgliedern bewusst eine passive Mitgliedschaft angestrebt wurde, könnte dies als Motiv in den Hintergrund getreten sein. Möglicherweise treten nur noch solche Mitglieder in Parteien ein, die sich auch politisch engagieren wollen. Dies zeigt sich auch an der Zunahme der pragmatisch-politisch-ideologischen Beitrittsmotive²⁷ und dem Rückgang der sozial-geselligen Motive. Damit würde reine die Anzahl der Mitglieder als Maßstab für die Bewertung der Mitgliederparteien an Bedeutung verlieren. Aktive Gestaltung von Politik und die Mitgestaltung der weltanschaulichen Basis würden damit bedeutsamer als das gesellige Parteileben. Aber auch die passive Mitgliedschaft (man wird nur Mitglied, um eine Partei finanziell/ideell) zu unterstützen, würde sich verändern.

HÄUFIGKEIT DES BESUCHS VON VERANSTALTUNGEN			
	2006	1993	1977
täglich, fast täglich	1	0	1
etwa 2–3mal in der Woche	3	2	3
etwa 1mal in der Woche	5	5	5
etwa alle 14 Tage	7	6	7
etwa 1mal im Monat	18	18	20
etwa alle 2–3 Monate	27	27	32
etwa 1mal im Jahr	23	20	18
seltener als 1mal im Jahr	8	8	6
nie, fast nie	7	13	8
weiß nicht, verweigert	2	2	1

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Politik und Beratung, Archiv-Nr.: 7702, 9202, 2006.

3.2 INNERPARTEILICHES ENGAGEMENT

Insgesamt zeigt sich im Vergleich zu 1993 eine weiterhin hohe Bereitschaft zum Engagement der Mitglieder. Im Vergleich zu 1993 ist sogar eine größere Bereitschaft feststellbar und zwar zur punktuellen Partizipation und zur langfristigen Übernahme von Verantwortung durch Ämter oder Mandate. War 1993 ein knappes Drittel nicht bereit, in Arbeitskreisen oder Gremien mitzuarbeiten, ist dieser Anteil 2006 auf 19 Prozent gesunken. Auch die Bereitschaft zur Kandidatur ist gestiegen. 1993 lehnten 56 Prozent der Mitglieder prinzipiell ab, für ein öffentliches und 49 Prozent für ein Amt in der Partei zu kandidieren. Dieser Wert ist 2006 auf 35 Prozent gesunken.

Aufgrund unterschiedlicher Antwortvorgaben und Listenpunkten sind die Daten 2006 und 1993 nicht direkt vergleichbar. Daher ist 1993 in Klammern gesetzt. 1993 sollte nur als ungefährer Anhaltspunkt für Veränderungen interpretiert werden.

2006 wurden die Mitglieder gebeten anzukreuzen, was auf sie persönlich zutrifft: Die Antwortvorgaben lauteten: Habe ich bereits getan; Wäre ich bereit zu tun; Käme für mich nicht in Frage. Die Antwortvorgabe 1993 lautete: Habe ich bereits gemacht und würde ich: ...auch bestimmt wieder tun ...vielleicht wieder tun; ... bestimmt nicht mehr tun; Habe ich noch nie gemacht, würde ich: ... aber bestimmt tun; ...vielleicht tun; ... bestimmt nicht tun.

Nach wie vor ist davon auszugehen, dass in den Ortsverbänden versucht wird, die gesamte Mitgliedschaft mit einzubeziehen. Nur 20 Prozent geben an, dass sie noch nie von ihrer Ortspartei angesprochen worden seien, aktiv in der Partei oder im Wahlkampf mitzuwirken. Und gerade mal 15 Prozent sagen, sie würden nie von CDU-Mitgliedern auf Ortsebene angesprochen. Dies deutet auf enge und hohe Kommunikationsnetzwerke hin. So sagen 43 Prozent, sie würden auf Ortsebene regelmäßig angesprochen und 39 Prozent geben an, sie würden selten angesprochen.

BEREITSCHAFT ZUM PARTEIINTERNEN ENGAGEMENT 2006			
	Habe ich bereits getan	Wäre ich bereit zu tun	Käme für mich nicht in Frage
Angaben für 1993 in Klammern, da nicht direkt vergleichbar			
Plakate kleben	45 (33)	15 (29)	34 (33)
Flugblätter und Informationsmaterial verteilen	55	18	22
In der Öffentlichkeit Symbole der CDU tragen (z.B. Pin, T-Shirt)	38	26	30
Bei sozialen Aktionen der Partei mitmachen (z.B. Seniorenbetreuung)	30 (37)	48 (39)	16 (20)
Im persönlichen Gespräch neue Mitglieder werben	41 (34)	31 (38)	23 (24)
Bei Bedarf zusätzlich Geld spenden	39 (25)	25 (41)	32 (29)
In Arbeitskreisen oder anderen Gremien der Partei an der Formulierung politischer Aussagen mitwirken	35 (27)	41 (36)	19 (32)
Für ein Amt in der Partei kandidieren oder für ein öffentliches Amt kandidieren	43 (21)	17 (25)	35 (49)

1993: „Plakate kleben und Flugblätter und Informationsmaterial verteilen“ wurde in einem, „Für ein Amt kandidieren und ein Mandat übernehmen“ wurde in zwei Items abgefragt

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Politik und Beratung, Archiv-Nr.: 9202, 2006.

3.3 MOTIVE FÜR INNERPARTEILICHES ENGAGEMENT

Als motivierend für die Parteiarbeit wird die Möglichkeit gesehen, interessante Leute kennen zu lernen. Dies sagen 79 Prozent der Mitglieder. Auch Wahlkampfzeiten sind emotional positiv besetzt. So äußern 51 Prozent die Ansicht, dass es Spaß macht, sich im Wahlkampf zu engagieren. Mit sozialer Anerkennung rechnen jedoch nur 41 Prozent. Somit hat dieses eher altruistische Motiv einen geringen Reiz. Ein sehr schwacher Motivations Schub geht von der Hoffnung auf berufliche Vorteile aus (auch wenn Menschen in Umfragen erfahrungsgemäß aufgrund der geringen sozialen Akzeptanz „egoistischer“ Partizipationsmotive eher ihre wirkliche Meinung verschleiern). Nur 18 Prozent sehen in beruflichen Vorteilen einen Grund, sich zu engagieren. Dieser Wert korrespondiert mit den Beitrittsmotiven. Insgesamt kann man demnach davon ausgehen, dass als Minimum ein Fünftel der Mitglieder persönliche Interessen mit der Mitgliedschaft in Einklang zu bringen versucht.

Die Kosten des Engagements werden von den Mitgliedern durchaus gesehen. Dies ist vor allem die Anstrengung, sich nach der Arbeit zu engagieren (71 Prozent) sowie die Begrenzung des Zeitbudgets für Privates (57 Prozent). Aber auch bei der Chance auf Politikgestaltung sehen die Mitglieder eher Kosten als Nutzen. 60 Prozent geben an, dass man zu lange in der Partei mitgearbeitet haben muss, bis man wirklich Einfluss auf Entscheidungen ausüben kann.

MOTIVE FÜR DAS ENGAGEMENT		
	2006	1993
Gestaltung von Politik:		
Man muss zu lange aktiv in der Partei mitgearbeitet haben, bis man wirklich Einfluß auf Entscheidungen ausüben kann	60	57
Soziale Anerkennung:		
Wer sich in einer Partei engagiert, kann mit Achtung und Anerkennung rechnen	41	47

MOTIVE FÜR DAS ENGAGEMENT		
	2006	1993
Nutzen und Kosten des Engagements:		
Nach einem langen Arbeitstag auf Parteiveranstaltungen zu gehen, kann sehr ermüdend sein	71	74
Das Engagement in der Partei läßt häufig zu wenig Zeit für Freunde und Familie	57	60
Es macht Spaß, sich im Wahlkampf zu engagieren	51	45
Persönlicher Nutzen:		
Als aktives Parteimitglied kann man interessante Leute kennenlernen	79	73
Für Leute wie mich kann es berufliche Vorteile bringen, sich zur CDU zu bekennen	18	21

Wiedergegeben sind die Positionen „stimme voll“ und „stimme eher“ zu auf einer 5stufigen verbalisierten Skala (die anderen Antwortalternativen waren: bin unentschieden, lehne eher ab, lehne voll ab).

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Politik und Beratung, Archiv-Nr.: 9206, 2006.

Auch wenn die soziale Anerkennung in der Mitgliedschaft weniger relevant für das individuelle Engagement ist, so nehmen es die Mitglieder doch positiv wahr, dass sie aus der Sicht Dritter ein „gutes Ansehen“ haben. Diese positive Wahrnehmung durch den „significant other“ kann durchaus einen Anreiz zur Beteiligung bieten und ist mit sozialer Anerkennung gleichzusetzen. 67 Prozent der Parteimitglieder im Westen und 62 Prozent der Mitglieder im Osten sind dieser Auffassung. Im Vergleich zu 1993 hat sich die Einschätzung in den Landesteilen angeglichen, wobei im Westen ein minimaler Rückgang der vermuteten Akzeptanz und im Osten ein leichter Zuwachs zu verzeichnen ist.

PARTEI UND MITGLIEDER AUS DER WAHRGENOMMENEN PERSPEKTIVE ANDERER („SIGNIFICANT OTHER“)		
	West	Ost
Soziale Normen:		
Die Mitglieder der CDU hier im Ort sind alles in allem gut angesehen		
1993	71	56
2006	67	62

Wiedergegeben sind die Positionen „stimme voll“ und „stimme eher“ zu auf einer 5stufigen verbalisierten Skala (die anderen Antwortalternativen waren: bin unentschieden, lehne eher ab, lehne voll ab).

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Politik und Beratung, Archiv-Nr.: 9202, 2006.

3.4 BEWERTUNG DER PARTEIARBEIT

Insgesamt zeigt sich eine hohe Zufriedenheit mit den „klassischen Aufgaben“ der Partei. Mitgliederversammlungen werden von 71 Prozent positiv bewertet. Die geselligen Aktivitäten stoßen bei 60 Prozent auf eine gute Resonanz. 71 Prozent würden es begrüßen, wenn in der Partei auch vermehrt offene Foren für kontroverse Diskussionen eingerichtet würden.

BEURTEILUNG VON VERANSTALTUNGEN		
	das macht die Partei gut	darauf sollte die Partei mehr Wert legen
Organisation und Durchführung der Mitgliederversammlungen		
1993	65	34
2006	71	24

BEURTEILUNG VON VERANSTALTUNGEN		
	das macht die Partei gut	darauf sollte die Partei mehr Wert legen
Diskussionsveranstaltungen über politische Themen mit externen Referenten		
1993	47	51
2006	46	49
Gesellige Aktivitäten für Parteimitglieder (z.B. Reisen, Besichtigungen, Wanderungen, gesellige Abende etc.)		
1993	60	38
2006	60	34
Einrichtung von offenen Foren für kontroverse Diskussionen (auch mit politisch Andersdenkenden)		
1993	32	66
2006	22	71

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Politik und Beratung, Archiv-Nr. 9202, 2006.

3.5 DER EINTRITT IN DIE CDU

Zunächst stellt sich die Frage, wie der Kontakt zur Partei hergestellt wird. Dabei spielt die „Selbstrekrutierung“ eine entscheidende Größe. Die größte Gruppe ist von sich aus zur Partei gegangen (31 Prozent). Insgesamt von großer Bedeutung sind auch persönliche Kontakte im privaten Umfeld. 16 Prozent nennen Freunde und Bekannte und 15 Prozent die Familie als Auslöser für eine Mitgliedschaft. Aber auch persönliche Kontakte zu einem Politiker sind wichtig: Immerhin für 14 Prozent ein Schlüsselimpuls. Alle anderen Kontaktmöglichkeiten haben einen geringeren Stellenwert (Kollegen, Vereine, Internet und Gewerkschaften). Das wichtigste Motiv in die CDU einzutreten, war der hohe Grad an weltanschaulicher Übereinstimmung. 84 Prozent der Mitglieder geben dies im

Nachhinein an. An zweiter Stelle der Beitrittsmotive rangieren die politische Partizipation und die politische Problemlösung. 70 Prozent erklären, dass sie davon ausgingen, sich als Mitglied besser informieren zu können, politische Themen zu diskutieren und in der Politik mitzubestimmen. Politische Ziele durchsetzen und gesellschaftliche Probleme lösen, wollten 68 Prozent der Mitglieder. Aber auch die sozialemotionalen Motive spielen eine große Rolle. So erwarteten 61 Prozent, dass sie gut aufgehoben seien und mit netten Leuten zusammen kämen. Am reinen Nutzen orientierte Motive sind weit abgeschlagen. 19 Prozent geben an, dass es für sie persönlich von Nutzen gewesen sei, Mitglied der CDU zu sein; 15 Prozent nennen die Verfolgung wirtschaftlicher Interessen.

MOTIVE FÜR BEITRITT UND VERBLEIB IN DER CDU		
jeweils: sehr wichtig/wichtig	1993	2006
Für Leute wie mich war die CDU die einzig mögliche politische Heimat.	79	84
Als Mitglied konnte ich mich besser politisch informieren, politische Themen diskutieren und in der Politik mitbestimmen.	73	70
Als Mitglied konnte ich daran mitarbeiten, politische Ziele durchzusetzen und gesellschaftliche Probleme zu lösen.	66	67
Ich habe erwartet, dass ich in der CDU gut aufgehoben bin und mit netten Leuten zusammenkomme.	69	61
Als Mitglied der CDU konnte ich auch meine eigenen wirtschaftlichen Interessen besser verfolgen.	28	15
Es war für mich auch persönlich und beruflich von Nutzen, Mitglied der CDU zu sein.	27	18

Der Fragetext lautet: „Wenn man Mitglieder von Parteien nach den Gründen für ihren Parteibeitritt fragt, erhält man häufig die nachfolgend aufgeführten Antworten. Bitte denken Sie einmal an die Gründe, die Sie persönlich damals zum Eintritt bewogen haben.“ Ausgewiesen sind die Antworten sehr wichtig/wichtig auf einer 4-stufigen Skala.

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Politik und Beratung, Archiv-Nr.: 9202, 2006.

Der Beitritt entstand aus einem Motivbündel, das die politisch-inhaltliche Politikgestaltung, die weltanschauliche Nähe und die Erwartung, in der CDU auf Gleichgesinnte zu treffen umfasst. Im Vergleich zu 1993 ist die Relevanz, Gleichgesinnte zu treffen, gesunken.

3.6 INFORMATIONSVERHALTEN DER MITGLIEDER

Wie viele Befunde aus der Medienwissenschaft verdeutlichen, verdrängen die neuen Medien nicht komplett die alten, sondern werden zusätzlich genutzt. Dieses Verhalten prägt auch die CDU-Mitglieder. Sie informieren sich überwiegend aus den Printmedien (40 Prozent) und dem Fernsehen (32 Prozent). Fast so wichtig wie das Fernsehen sind persönliche Kontakte, die von 26 Prozent als wichtigste Informationsquelle angegeben werden. Danach kommen Parteizeitungen (14 Prozent), das Internet (9 Prozent), Radio (7 Prozent), Illustrierte (5 Prozent) und das Mitgliedernetz (3 Prozent).

Die Alterstruktur der Mitglieder hat Auswirkungen auf das Informationsverhalten. Die älteren Mitglieder (über 70 Jahre) nutzen vor allem Tageszeitungen, Fernsehen und persönliche Kontakte zur Information. Je jünger die Mitglieder sind, desto größer ist der Zuspruch, den das Internet findet. Bei den 16–29-jährigen nutzt etwa ein Drittel das Internet als wichtigste Quelle, bei den über 60-jährigen sind es etwa 10 Prozent. Somit gibt es innerhalb der Partei unterschiedliche Kommunikationsbedürfnisse. Parteizeitungen erreichen die ältere Generation recht gut (für 37 Prozent die wichtigste Informationsquelle). Je jünger die Mitglieder werden, desto schlechter werden sie über Printmedien erreicht (erst in der Altersgruppe der über 50-jährigen steigt die Quote auf über 20 Prozent an). Ob sich hierin schon Effekte durch das neu erschienene Mitgliedermagazin abzeichnen, kann nicht entschieden werden. Es ist aber wahrscheinlich, dass es Einfluss auf das Antwortverhalten hatte. Das Mitgliedernetz²⁸ befindet sich in allen Altersgruppen auf dem letzten Platz. Dies könnte daran liegen, dass das Medium weitgehend unbekannt ist. Zudem könnte es in der Umfrage mit individuellen Kontakten zu

anderen Mitgliedern verwechselt worden sein, da insbesondere die Altersgruppe der über 70jährigen hier sogar überdurchschnittlich häufig angibt, es zu nutzen, diese aber das Internet eher schwach nutzen.

INFORMATIONSQUELLEN DER CDU-MITGLIEDER					
	Fernsehen	Tageszeitung	Persönliche Kontakte	Parteizeitungen	Illustrierte u.ä.
2006	32	40	26	15	5
1993	31	30	21	13	3
1977	20	21	31	25	3
2006	Internet		Radio		Mitglieder netz
	9		7		3

Dargestellt ist jeweils der Prozentsatz, der die Quelle auf Rangplatz 1 legte. Die Frageformulierung lautete: „Einmal alles in allem: Wenn Sie sich zu bestimmten Fragen über den Standpunkt der CDU informieren wollen, welche Informationsquelle ist Ihnen persönlich am wichtigsten?“

2006 wurde Internet, Radio und Mitgliedernetz noch zusätzlich erhoben.

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Politik und Beratung, Archiv-Nr.: 7702, 9202, 2006.

Für die Kommunikation der eigenen Politik gegenüber Dritten sollten die eigenen Mitglieder möglichst gut gerüstet sein. Insgesamt fühlen sich 28 Prozent der Parteimitglieder durch die CDU gut über die Politik auf der Orts- und Kreisebene, 18 Prozent auf der Landesebene und 16 Prozent auf der Bundesebene informiert. Ein Drittel zeigt gegenüber der Bundesebene weiteren Informationsbedarf, 28 Prozent wünschen sich dies für die Landesebene und 23 Prozent für die Orts- und Kreisebene 23.

3.7 INNERPARTEILICHE REFORMEN

Nach wie vor hoch ist die Akzeptanz innerparteilicher Reformen. Dies gilt insbesondere für die projektorientierte Mitarbeit für Nicht-Parteimitglieder. Das Mitgliederprinzip wird von 69 Prozent der Mitglieder befürwortet. Die „Professionalisierung (also den Ausbau mit professionellen Fachkräften zu schlagkräftigen Wahlkampforganisationen) von Ortsverbänden befürworten 64 Prozent. Deutlich zurückgegangen ist hingegen die Zustimmung zu „Quoten“ (gefragt wurde nach eine Ämterquote für Frauen und Jüngere). Sprachen sich 1993 noch 57 Prozent für Quotierungen aus, so sind es 2006 nur noch 41 Prozent.

ZUSTIMMUNG DER CDU-MITGLIEDER ZU PARTEIREFORMEN		
	2006	1993
Nicht-Parteimitgliedern sollte die Möglichkeit der projektorientierten Mitarbeit gegeben werden.	77	80
Kandidaten für die Kommunalparlamente, Landtage und den Bundestag sollten direkt durch die Parteimitglieder gewählt werden statt durch Delegiertenversammlungen.	69	66
Die Ortsverbände sollten von professionellen Fachkräften zu schlagkräftigen Wahlkampforganisationen ausgebaut werden.	64	60
In der Satzung sollte festgeschrieben werden, daß eine bestimmte Quote von Ämtern festgelegt wird, die mit Frauen und Jüngeren zu besetzen sind.	41	57

Dargestellt sind die Werte +1 bis +3 auf einer von +3 bis -3 reichenden Skala. Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Politik und Beratung, Archiv-Nr.: 9202, 2006.

4. POLITISCHE THEMEN

4.1 GRUNDWERTE VS. PRAGMATISMUS: POLITIKGESTALTUNG IN DER CDU

Vor den Zielkonflikt Pragmatismus vs. Grundwerteorientierung gestellt, entscheiden sich die Mitglieder für ein entschiedenes „sowohl-als-auch“. Sowohl die Pluralität (71 Prozent) als auch die Geschlossenheit (79 Prozent) werden von einer absoluten Mehrheit befürwortet. 79 Prozent sprechen sich für das christliche Welt- und Menschenbild als alleinige Grundlage für politisches Handeln aus, 75 Prozent sagen, dass die konkrete Problemlösung die alleinige Grundlage für politisches Handeln sein soll. 85 Prozent lehnen es ab, in der Programmatik dem Zeitgeist hinterher zu laufen, auch wenn dies zum Verlust von Wählerstimmen führt.

Die hohen Zustimmungsraten zu eher konträren Positionen könnten dem Wunsch entsprechen, dass auf die Problemlagen der Menschen zwar pragmatische Antworten gegeben werden sollen, diese jedoch auf dem christlichen Wertekonsens fußen sollen.

INNERPARTEILICHER PLURALISMUS			
	Es stimmen jeweils zu		
	2006	1993	1977
Die CDU sollte möglichst viele, auch widerstrebende Interessen in sich aufnehmen.	71	79	68
Die innerparteiliche Diskussion in der CDU sollte niemals so intensiv geführt werden, dass die Geschlossenheit der Partei gefährdet wird.	79	77	83
Das christliche Welt- und Menschenbild sollte in der CDU die alleinige Grundlage für politisches Handeln bilden.	79		
Es sollte für die CDU wichtiger sein, konkrete Probleme zu lösen, als an ihren Grundwerten festzuhalten.	75		
Die CDU sollte in der Programmatik nicht dem Zeitgeist nachlaufen, auch wenn dies zum Verlust von Wählerstimmen führt.	85		

Dargestellt sind die Werte von +3 bis +1 auf einer von +3 bis -3 reichenden Skala (ohne Nullpunkt). Fehlende Werte: Frage nicht erhoben.

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Politik und Beratung, Archiv-Nr.: 9202, 7702, 2006.

Vor diesem Hintergrund stößt die Arbeit an einem neuen Grundsatzprogramm auf besonders große Resonanz. Fast die gesamte Partei (88 Prozent!) begrüßt die Arbeit an dem neuen Grundsatzprogramm.

4.2 AKZEPTANZ VON KOALITIONEN

Die Koalitionsfrage ist aus Sicht der CDU-Mitglieder recht einfach zu beantworten. Positiv auf Bundes- wie auf Landesebene wird lediglich eine bürgerliche Koalition bewertet. Alle anderen politisch denkbaren und in den Medien diskutierten Modelle stoßen auf eine im Vergleich zur bürgerlichen Koalition schwächere Resonanz. Auf Bundesebene wird die „Jamai-ka-Koalition“ aus CDU, FDP und Grünen aber immerhin von 26 Prozent positiv bewertet.

AKZEPTANZ VON KOALITIONEN		
Koalition wäre ...	sehr/eher gut	sehr/eher schlecht
Auf Bundesebene		
CDU/FDP	93	5
CDU/SPD	20	73
CDU/Grüne	21	72
CDU/FDP/Grüne	26	67
Auf Landesebene		
CDU/FDP	91	6
CDU/SPD	20	73
CDU/Grüne	21	72
CDU/FDP/Grüne	23	70

Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe.

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Politik und Beratung, Archiv-Nr. 2006.

4.3 IMAGES UND PROFILE DER CDU

Die Mitglieder haben insgesamt ein positives Bild ihrer Partei. Als besondere Stärken werden Sachkompetenz und Wirtschaftsnähe wahrgenommen. Ein christliches Menschenbild, Glaubwürdigkeit und Problemlösungskompetenz werden der Partei von mehr als 80 Prozent ihrer Mitglieder attestiert. Verlässlichkeit und Ehrlichkeit erkennen mehr als drei Viertel der Mitglieder. Bürgernähe nennen zwei Drittel der Befragten. Negative Eigenschaften wie Unbeweglichkeit und Unentschlossenheit schreibt nur eine Minderheit ihrer Partei zu.

Ein differenziertes Bild über die assoziativen Stärken und Schwächen der CDU zeigt sich bei der Zuordnung politischer Leitbegriffe auf die CDU. Dabei sollten die Mitglieder entscheiden, ob die CDU gut mit einem Begriff charakterisiert ist, sie auf die inhaltliche Füllung des Begriffs mehr Wert legen sollte oder ob dies für die CDU unwichtig ist. Mit dieser Fragestellung sollte ausgeschlossen werden, dass vielleicht bei einem Begriff ein Defizit wahrgenommen wird, dieses für die CDU aber nicht als relevant angesehen wird.

IMAGES DER CDU	
	2006
Die CDU ist in Sachfragen kompetent	92
Die CDU ist wirtschaftnah	92
Die CDU hat ein christliches Menschenbild	84
Die CDU ist glaubwürdig	83
Die CDU kann Probleme lösen	81
Die CDU ist verlässlich	78
Die CDU ist ehrlich	77
Die CDU ist bürgernah	66
Die CDU ist unbeweglich	41
Die CDU ist unentschlossen	37

Wiedergegeben sind die Positionen „trifft voll und ganz“ und „trifft eher zu“ einer 4stufigen verbalisierten Skala.

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Politik und Beratung, Archiv-Nr.: 2006.

Eindeutig wird die CDU mit dem Begriff Freiheit in Verbindung gebracht. Einen zweiten Block mit starker inhaltlicher Verankerung bilden die Begriffe Tradition, Heimat und Sicherheit. Mehrheitlich sehen die Mitglieder die Partei auch durch die Merkmale Soziale Marktwirtschaft, Verantwortung und Leistungsorientierung geprägt. Alle anderen Begriffe erhalten unter 50 Prozent der Nennungen. Dies korrespondiert eng mit den Themen, auf die nach Ansicht der Mitglieder mehr Wert gelegt werden sollte.

Nach Ansicht von 64 Prozent der Mitglieder sollte die CDU mehr Wert auf den Begriff Reform legen. Unabhängig von der inhaltlichen Anreicherung zeigt sich, dass der Begriff bei den Mitgliedern nicht negativ assoziiert ist. Die deutliche Mehrheit der CDU-Mitglieder ist der Ansicht, die Partei sollte

verstärkt auf Generationengerechtigkeit, Solidarität, Innovation, Leistungsgerechtigkeit und Gerechtigkeit achten. Integration, Chancengleichheit sowie Toleranz wird von einer eher knappen Mehrheit betont. Wettbewerb, Gleichheit, Leistungsorientierung, Verantwortung und Gleichberechtigung werden als weniger relevant angesehen.

ASSOZIATIONEN MIT BEGRIFFEN UND WERTEN			
	Dies beschreibt die CDU sehr gut	Hierauf sollte CDU mehr Wert legen	Dies ist für die CDU unwichtig
Reform	25	64	5
Generationengerechtigkeit	34	58	4
Solidarität	33	57	6
Innovation	34	56	3
Leistungsgerechtigkeit	36	55	4
Gerechtigkeit	39	55	2
Integration	34	51	10
Chancengleichheit	38	50	6
Toleranz	41	47	6
Wettbewerb	48	41	5
Gleichheit	31	39	23
Leistungsorientierung	54	39	3
Verantwortung	57	38	1
Gleichberechtigung	49	37	8
Soziale Marktwirtschaft	56	37	3
Sicherheit	62	32	1
Heimat	63	28	5
Tradition	64	25	6
Freiheit	73	21	2
Kapitalismus	34	19	38

Fehlende Werte zu 100 Prozent: keine Angabe.

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Politik und Beratung, Archiv-Nr.: 2006.

4.4 POLITISCHE STREITFRAGEN

Die CDU-Mitglieder tendieren überwiegend zu recht einheitlichen Positionen. Lediglich bei der Frage nach der Garantie auf einen Arbeitsplatz durch den Staat zeigen sie geteilte Auffassungen. Während im Westen nur ein Drittel dieser Forderung zustimmt, findet die Hälfte der Mitglieder im Osten daran Gefallen. Dabei ist bei dieser politischen Streiffrage die Zustimmungsrates im Zeitverlauf gesunken. Ähnlich verhält es sich mit der Beendigung der Berufstätigkeit von Frauen nach der Geburt von Kindern. Ein knappes Drittel bejaht dies im Westen; im Osten sind es 16 Prozent. Auch hier sieht man im Vergleich zu 1993 einen Rückgang bei der Zustimmung.

Sehr dezidiert fällt die Meinungslage bei den Themen Beitritt der Türkei in die EU, Einsatz der Bundeswehr im Ausland und das Erlernen der deutschen Sprache bei Ausländern aus. Fast alle Mitglieder sprechen sich gegen eine schnelle Aufnahme der Türkei in die EU, für Bundeswehrein-sätze in Krisengebieten und das Erlernen der deutschen Sprache für in Deutschland lebende Ausländer aus. Ebenso gibt es eine große Einigkeit in Bezug auf die Rechtstellung gleichgeschlechtlicher Paare. Hier spricht sich nur eine Minderheit für eine Gleichstellung mit der Ehe aus. Mehrheitlich, aber nicht ganz so eindeutig wie bei den anderen Themen, stimmen die CDU-Mitglieder einer Beschränkung auf eine staatliche Mindestrente zu.

POLITISCHE MEINUNGEN				
	2006		1993	
Es stimmen jeweils zu:	West	Ost	West	Ost
Frauen sollten nach der Geburt von Kindern ihre Berufstätigkeit beenden und sich ganz der Familie widmen.	29	16	41	27
Der Staat sollte jedem das Recht auf einen Arbeitsplatz garantieren.	34	46	35	71

POLITISCHE MEINUNGEN				
	2006		1993	
Es stimmen jeweils zu:	West	Ost	West	Ost
Der Staat sollte nur eine Mindestrente garantieren. Wer mehr möchte, muss selbst dafür sorgen.	58	60		
Gleichgeschlechtliche Paare sollten Ehepaaren gleichgestellt werden.	15	18		
Wer in Deutschland leben will, muss die deutsche Sprache lernen.	96	97		
Es wäre gut, wenn die Türkei so schnell wie möglich in die EU aufgenommen würde.	8	8		
Die Bundeswehr sollte mehr Einsätze in Krisengebieten durchführen.	96	97		

Dargestellt sind die Werte von +3 bis +1 auf einer von +3 bis -3 reichenden Skala (inklusive Nullpunkt). Fehlende Vergleichswerte zu 1993: Frage wurde nicht erhoben.

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Politik und Beratung, Archiv-Nr.: 9202, 2006.

Die Reflektion über vermutete Mehrheiten- und Minderheitenmeinungen kann dahingehend interpretiert werden, dass bestimmten Themen unabhängig von ihrer tatsächlichen Verankerung unterschiedliches Gewicht beigemessen wird. Dies kann durch mediale Wirkung und Präsenz der Themen in der Öffentlichkeit geschehen. Interessant ist, in welchen Feldern die Mitglieder vermuten, dass ihre eigene Haltung und die wahrgenommene Position der CDU voneinander abweichen. Besonders häufig vermuten die Mitglieder, dass die Partei in Bezug auf eine staatliche Mindestrente bei eigener Vorsorge eine andere Position als sie selbst ein-

nimmt. 54 Prozent konstatieren, die CDU spräche sich stärker für eine Mindestrente aus, als sie selbst. Beim Thema gleichgeschlechtliche Partnerschaften unterstellen 39 Prozent, die Mehrheit in der CDU würde der Gleichstellung weniger ablehnend gegenüber stehen. Ebenso gehen 39 Prozent beim Thema Berufstätigkeit der Frau aus, dass die Mehrheit der Partei der Vereinbarkeit von Beruf und Kindern eher zustimmt. 23 Prozent glauben, die Mehrheit der CDU würde eher zu der Position tendieren, jedem Bürger durch den Staat einen Arbeitsplatz zu garantieren. Den umgekehrten Fall, also eine stärkere Ablehnung der Inhalte, vermuten beim Thema Mindestrente 32 Prozent, beim Thema gleichgeschlechtliche Paare 19 Prozent, beim Thema Berufstätigkeit von Frauen 21 Prozent und bei der Frage der staatlichen Arbeitsplatzgarantie 29 Prozent. Damit sehen die Mitglieder je nach eigenem Standpunkt die CDU – in der Sprache des Rechts-Links-Schemas – die Parteimehrheit sowohl nach rechts als auch nach links vom eigenen Standpunkt abweichen.

Die Wichtigkeit politischer Themen ist bei den Mitgliedern klar gegliedert. Höchste Priorität haben die „Bread-and-Butter-Themen“ der wirtschaftlichen Situation. Unangefochten an erster Stelle steht die Sicherung der Arbeitsplätze (85 Prozent), gefolgt von der Wirtschaftslage, die 77 Prozent für sehr wichtig erachten. Einen zweiten Block in der Hierarchie bilden die Themen Familie (59 Prozent), Verbrechensbekämpfung (53 Prozent) und soziale Sicherheit (49 Prozent). Die Einschränkung des Zugangs von Ausländern halten 36 Prozent für sehr wichtig. Weit abgeschlagen auf der Wichtigkeitsskala ist die Weiterentwicklung der Europäischen Union. 23 Prozent halten dieses Thema für sehr relevant.

In allen abgefragten Themen wird der CDU von ihren Mitgliedern eine große Problemlösungskompetenz zugesprochen. Politikverdrossenheit und Vertrauensverluste sind in der Partei nur schwach verbreitet. Während in der Bevölkerung regelmäßig die Kategorie „keine Partei“ am häufigsten genannt wird, haben die CDU-Mitglieder Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Parteien.

Innere Sicherheit (Verbrechensbekämpfung), Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarktpolitik sind die eindeutigen Domänen der CDU. Hier wird ihr von etwa 80 Prozent ihrer Mitglieder eine Lösungskompetenz zugesprochen. Bei der Arbeitsmarktpolitik und der Wirtschaftspolitik besteht auch großes Zutrauen in die FDP. Bei der Familien- und der Sozialpolitik erwarten gut zwei Drittel von der CDU die Lösung der Probleme. Bei der Wei-

terentwicklung der EU halten 77 Prozent der Mitglieder die eigene Partei für kompetent. Bei den Themen Familien, Sozial- und Europapolitik sehen die Mitglieder auch bei anderen Parteien Kompetenzen, doch ist der Abstand der CDU vor den anderen Parteien sehr deutlich. 63 Prozent schreiben der CDU bei der Begrenzung des Zuzugs von Ausländern eine Kompetenz zu.

PROBLEMLÖSUNGSKOMPETENZ					
	CDU/ CSU	SPD	FDP	GRÜNE	PDS/DVU/ REP/NPD/ Sonstige/ Keiner/Allen
Die Arbeitsplätze sichern	80	10	29	1	14
Die Bürger wirksamer vor Verbrechen schützen	83	9	14	2	14
Eine gute Wirtschaftslage sichern	82	5	42	1	6
Mehr für Familien mit Kindern tun	71	31	9	12	11
Den Zuzug von Ausländern einschränken	63	3	13	1	38
Die EU weiter entwickeln	77	20	19	7	13
Soziale Sicherheit gewährleisten	68	35	13	6	16

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Politik und Beratung, Archiv-Nr.: 2006. Mehrfachantworten, daher keine Addition auf 100 Prozent.

5. TYPOLOGIE²⁹ DER CDU-MITGLIEDER

Ziel ist es, ein Bild der Partei zu zeichnen, indem sich ähnelnde und sich unterscheidende Mitglieder in Gruppen zusammengefasst werden. Dabei werden die Gruppen durch eine Kombination aus Sozialstruktur und politischen Einstellungen gebildet. Eine solche Unterteilung kann natürlich weder umfassend noch thematisch ausdifferenziert sein und die gesamte Vielfalt und Nuancen der Einstellungsdimensionen erfassen. Nicht jedes Mitglied wird sich eindeutig in einer der Gruppen wiederfinden. Bei einer solchen Typenbildung handelt es sich ähnlich wie bei der Milieu- oder Lebensstilforschung um den Versuch, Gruppen von Gleichgesinnten zu bilden, um die Komplexität zu reduzieren. Mitgliedschaften unterliegen einem permanenten Wandel. Somit sind Einteilungen von Mitgliedern immer Momentaufnahmen.

Die unterschiedlichen Typen werden auf Basis weniger gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Streitfragen gebildet. Dies ergibt sich als Notwendigkeit, da in der CDU-Mitgliedschaft in fast allen erhobenen Fragen großer Konsens existiert. Im Folgenden wird daher nur auf trennende Merkmale eingegangen, die eine Differenzierung nach Typen zulassen.

5.1 DIE GESELLSCHAFTSPOLITISCH LIBERALEN (17 PROZENT)

Diese Gruppe zeichnet sich durch gesellschaftspolitische Liberalität aus. Die Angehörigen dieser Gruppe sind eher pragmatisch in ihrem politischen Denken, doch nicht beliebig. Die CDU soll gleichermaßen an ihren Grundwerten orientiert, wie in der Lage sein, ihre Politik den aktuellen Anforderungen anzupassen. In ihr finden sowohl marktliberale als auch sozialstaatlich orientierte Positionen Unterstützung.

Während in allen anderen Gruppen die Gleichstellung von Ehepaaren mit gleichgeschlechtlichen Paaren entschieden abgelehnt wird, fände eine solche Politik bei 55 Prozent der gesellschaftspolitisch Liberalen starken³⁰ Zuspruch, bei weiteren 43 Prozent stieße die Gleichstellung auf Toleranz. Interessant ist, dass sich in diesem Mitglieder-Typus gerade einmal 2 Prozent ablehnend zeigen. Damit korrespondiert die Ablehnung des traditionellen Familienbildes. 73 Prozent sprechen sich klar dagegen aus, dass Frauen nach der Geburt von Kindern ihre Berufstätigkeit beenden und sich ganz der Familie widmen sollen. Nur 3 Prozent äußern sich positiv zu dieser Aussage. Dabei ist ihnen aber durchaus klar, dass sie in der Frage der Gleichstellung mit der Ehe eine Minderheitenmeinung teilen. Sie vermuten, dass insgesamt nur 11 Prozent aller Mitglieder einer solchen Politik stark zustimmen würden, was genau der Quote starker Zustimmung in der gesamten Partei entspricht. In der Frage des traditionellen Familienbildes vermutet diese Gruppe jedoch, sie würden eine stärkere Minderheitenposition einnehmen, als dies tatsächlich der Fall ist. So nimmt man in dieser Gruppe an, nur 28 Prozent der Mitglieder würden das traditionelle Familienbild ablehnen; tatsächlich waren es in der Umfrage jedoch 48 Prozent.

Etwa die Hälfte (48 Prozent) stimmt der Meinung stark zu, dass es nur eine staatliche Mindestrente geben sollte und der einzelne für sein Rentenniveau selbst vorsorgen müsse. In der Frage nach einer staatlichen Garantie von Arbeitsplätzen zeigt man sich bei den gesellschaftspolitisch Liberalen eher unentschlossen: 21 Prozent stimmen stark zu, 36 Prozent lehnen dieses Modell deutlich ab und 43 Prozent können sich nicht eindeutig entscheiden.

In der Selbstwahrnehmung stuft sich dieser Typus entsprechend seiner grundsätzlichen politischen Haltungen eher links³¹ von der vermuteten Mehrheit ein.

Zwischen den gesellschaftspolitisch Liberalen und den Traditionsbewussten besteht die stärkste Trennlinie aller Gruppen. Sie unterscheiden sich vor allem in der Frage der Religiosität bzw. im Grad der Säkularisierung. Während 74 Prozent der Traditionsbewussten fordern, dass das christliche Welt- und Menschenbild die alleinige Grundlage für politisches Handeln bilden sollte, unterstützen dies in der liberalen Gruppe nur 29 Prozent. Dies zeigt sich auch in der Ablehnung der Aussage „Das ‚C‘ in der CDU ist ein Relikt aus alten Zeiten. Darauf könnte die Partei verzichten“. Während 52 Prozent aller Mitglieder diese Aussage deutlich ablehnen, beträgt der Anteil im liberalen Lager 32 Prozent. Ähnlich verhält es sich mit der Aussage „Religion ist für mich der tragende Grund meines Lebens“. Von den gesellschaftspolitisch Liberalen stimmen 13 Prozent dieser Aussage ‚voll und ganz‘ zu, von den Traditionsbewussten³² sind es 56 Prozent.

Die Mitglieder dieser Gruppe stammen überwiegend (57 Prozent) aus einem familiären Umfeld, in dem Familienmitglieder auch zu anderen Parteien als der CDU neigen. Bei den Traditionsbewussten ist das familiäre Umfeld bezogen auf die Parteineigung homogener. Hier geben 40 Prozent an, es gäbe auch andere Neigungen in der Familie. Auch im Freundeskreis ist das Umfeld der Angehörigen des liberalen Milieus heterogen geprägt. Nur 17 Prozent geben an, dass in ihrem Freundeskreis überwiegend die Neigung zur CDU bestünde (64 Prozent machen keine Angabe). In den anderen Milieus gibt jeweils ein knappes Drittel an, einen politisch der CDU nahestehenden Freundeskreis zu haben.

In dieser Gruppe gibt es eine andere Hierarchie der wichtigsten Themen. Ebenso wie bei den Marktwirtschaftsorientierten haben klassisch konservative Themen eine geringere Bedeutung. Verbrechensbekämpfung, Ausländerzuzug, aber auch soziale Sicherheit werden signifikant seltener genannt. Während bspw. bei den Traditionsbewussten Verbrechensbekämpfung von 65 Prozent als sehr wichtig eingestuft wird, sind es bei den Liberalen 42 Prozent, welche diesem Thema den Rang „sehr wichtig“ zugestehen. Die Einschränkung des Zuzugs von Ausländern nennen bei den gesellschaftspolitisch Liberalen 27 Prozent als sehr wichtig, von den Traditionsbewussten sind es 43 Prozent. Soziale Sicherheit gewährleisten steht für 44 Prozent der Liberalen auf der höchsten Rangstufe; bei den Traditionsbewussten sagen 63 Prozent es sei sehr wichtig.

Auch in der Frage nach der Bewertung von Koalitionen unterscheiden sich die Gruppen deutlich. In der Gruppe der gesellschaftspolitisch Liberalen ist die Akzeptanz von Koalitionen unter Einbeziehung der Grünen noch am größten. So bewerten 29 Prozent eine CDU/Grünen-Koalition auf Bundesebene positiv; von den Traditionsbewussten äußern sich nur 15 Prozent zustimmend.

Sozialstrukturell zeichnet sich diese Gruppe durch einen überdurchschnittlichen Anteil von Frauen aus (36 Prozent). Die neuen Länder und somit auch die Konfessionslosen (20 Prozent) sind überdurchschnittlich stark. Diese Gruppe hat von allen anderen Gruppen die niedrigste Kirchgangsfrequenz. 40 Prozent gehen selten bis nie in die Kirche, nur 6 Prozent häufig. Dementsprechend haben auch nur 28 Prozent eine starke Kirchenbindung. 58 Prozent haben ein hohes Bildungsniveau (Abitur und höher). Damit liegen sie deutlich über dem Durchschnitt von 48 Prozent. Die Angehörigen dieser Gruppe weisen die schwächste Vernetzung in der Zivilgesellschaft auf. In Organisationen, Vereinen, Bürgerinitiativen oder sonstigen Verbänden sind jeweils etwa 20 Prozent engagiert. Mehr als die Hälfte der Angehörigen dieser Gruppe ist im Dienstleistungssektor beschäftigt. Diese Gruppe hat das niedrigste Durchschnittsalter. Nur 19 Prozent sind über 60 Jahre alt (50 Prozent im Durchschnitt der Mitglieder). 33 Prozent sind unter 40 Jahre alt. Die Gruppe der 40–49jährigen ist mit 27 Prozent besonders groß (insgesamt sind 15 Prozent aller Mitglieder in dieser Altersgruppe). In der Berufsstruktur zeigen sich in dieser Gruppe nur geringe Abweichungen zum CDU-Durchschnitt.

5.2 DIE TRADITIONSBEWUSSTEN (26 PROZENT)

In der Gruppe der Traditionsbewussten überschneiden sich die marktwirtschaftlichen und die sozialstaatlichen Positionen. Im gesellschaftspolitischen Bereich nehmen die Angehörigen des Milieus eine dezidiert konservative Position ein.

58 Prozent bejahen den Gedanken der stärkeren Eigenvorsorge bei der Rente (bei einer staatlichen Mindestrente), wobei diese Gruppe von einer solchen Politik nicht mehr betroffen wäre, da es sich fast ausschließlich aus älteren Mitgliedern zusammensetzt. Gleichmaßen ist die Zustimmung gegenüber der staatlichen Garantie von Arbeitsplätzen groß. 53 Prozent äußern sich positiv und nur 1 Prozent würde die staatliche Garantie deutlich ablehnen.

Die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren mit Ehepaaren stößt auf deutliche Ablehnung. 76 Prozent äußern sich dezidiert negativ und nur 4 Prozent zeigen eine positive Haltung. In dieser Gruppe finden sich die Befürworter der traditionellen Rolle der Frau in der Familie. 37 Prozent stimmen der Aussage stark zu, dass Frauen nach der Geburt ihre Berufstätigkeit beenden sollen, 48 Prozent nehmen eine mittlere Position ein und nur 16 Prozent lehnen die Beendigung der Berufstätigkeit ab.

Während die Motivstrukturen bei dem Eintritt in den anderen Gruppen recht ähnlich aussehen, dominieren bei den Traditionsbewussten die weltanschaulichen und sozial-emotionalen Eintrittsmotive. So wurde die CDU stärker als einzige politische Heimat wahrgenommen und es bestand häufiger der Wunsch mit netten Leuten zusammen zu kommen. Dementsprechend bildet die Dimension der sozialen Anerkennung einen stärkeren Anreiz zum Engagement als in den anderen Gruppen. Aufgrund des hohen Alters ist in dieser Gruppe der Wunsch und die Bereitschaft nach aktiver Teilhabe am schwächsten ausgeprägt. Nur 34 Prozent gehören zu den Aktivisten. In den anderen Gruppen liegt der Wert bei ca. 50 Prozent.

In dieser Gruppe entspricht die Geschlechterverteilung dem Durchschnitt in der Partei. Die Angehörigen stammen überdurchschnittlich häufig aus den alten Ländern und leben in Dörfern (in ländlicher Umgebung). Der Anteil der Katholiken liegt mit 57 Prozent genauso wie der Anteil regelmäßiger Kirchgänger (41 Prozent wöchentlich) über dem Durchschnitt. Diese Gruppe verfügt generationsbedingt über das niedrigste formale Bildungsniveau aller Milieus. 37 Prozent verfügen über einen niedrigen, 39 Prozent über einen mittleren und 24 Prozent über einen hohen Schulabschluss. Der Anteil der Rentner (Pensionäre) liegt deutlich über dem Durchschnitt. Der Anteil derjenigen, die im Handwerk und der Landwirtschaft tätig sind, ist erhöht, der Dienstleistungssektor ist seltener vertreten. Diese Gruppe hat das höchste Durchschnittsalter: 75 Prozent sind über 60 Jahre alt. 10 Prozent sind unter 50 Jahre alt. Aufgrund des eher niedrigen Bildungsniveaus kommen Arbeiter etwas häufiger vor, höhere Angestellte/Beamte deutlich seltener.

5.3 DIE MARKTWIRTSCHAFTSORIENTIERTEN (32 PROZENT)

Hier dominieren wirtschaftsliberale Einstellungen, die auf Verantwortung des Einzelnen setzen und staatliche Fürsorge ablehnen. In gesellschaftspolitischer Hinsicht existieren gleichermaßen wertkonservative und liberale Haltungen.

64 Prozent stimmen der Aussage zu: „Der Staat soll nur eine Mindestrente garantieren. Wer mehr möchte, muss selbst dafür sorgen“. 72 Prozent lehnen es ab, dass der Staat jedem das Recht auf einen Arbeitsplatz garantieren soll.

Die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren mit Ehepaaren wird deutlich (von 91 Prozent) abgelehnt. Aber damit hängt diese Gruppe nicht automatisch dem traditionellen Familienbild an. Denn mehr als die Hälfte (54 Prozent) lehnt es entschieden ab, dass Frauen nach der Geburt von Kindern ihre Berufstätigkeit beenden und sich ganz der Familie widmen.

Bei den Marktwirtschaftsorientierten ist die größte Diskrepanz zwischen der Selbst-Einstufung auf der rechts-links-Skala und der Einschätzung der Partei sichtbar. Sie selbst sehen sich um 1,10 Punkte weiter³³ rechts. In keiner anderen Gruppe wird die Partei auf der Skala so weit links verortet.

Wie bei den gesellschaftspolitisch Liberalen, wird auch bei den Marktwirtschaftsorientierten die Bedeutung der Themen Verbrechensbekämpfung und Ausländerzugang deutlich geringer eingestuft als bei den Christlich-Sozialen und den Traditionsbewussten. Vor allem das Thema der Gewährleistung sozialer Sicherheit hat einen deutlich niedrigeren Stellenwert. Nur 31 Prozent dieses Milieus geben an, dass dieses Thema sehr wichtig sei, während zwei Drittel der Traditionsbewussten und der Christlich-Sozialen diesem Thema größte Wichtigkeit attestieren.

Während in allen Gruppen alle Möglichkeiten der innerparteilichen Reform auf eine hohe Zustimmung stoßen, gibt es im wirtschaftsliberalen Milieu gegenüber in der Satzung festgeschriebenen Quoten eine deutliche Zurückhaltung. Nur 51 Prozent stimmen diesem Punkt zu.

Hier wird eine rot-schwarze Koalition deutlich negativ bewertet. 84 Prozent sagen, eine solche Koalition auf Bundesebene sei schlecht.

Männer finden sich überdurchschnittlich häufig in dieser Gruppe. Bezogen auf die Verteilung auf die alten und die neuen Ländern, Konfession und Kirchengangshäufigkeit zeigen sich keine signifikanten Besonderheiten. Etwa die Hälfte (53 Prozent) fühlt sich den Kirchen verbunden. Entsprechend ihrer Themenpräferenz fällt die Bindung an die Gewerkschaften besonders schwach aus. 78 Prozent geben an, überhaupt keine Bindung an die Gewerkschaften zu haben. Auffällig ist das Bildungsniveau in dieser Gruppe. Nirgends ist es höher. 69 Prozent haben einen Abschluss mit Abitur. Nur 7 Prozent haben ein Bildungsniveau auf dem Niveau der Volksschule und 24 Prozent haben mittlere Reife. Diese Gruppe zeichnet sich durch eine starke gesellschaftliche Vernetzung aus. Jeweils etwa ein Drittel ist Mitglied einer Organisation, eines Vereins, einer Bürgerinitiative oder einer sonstigen Organisation. Damit ist dies die Gruppe, die am häufigsten außerhalb der CDU engagiert ist. Etwa die Hälfte ist im Dienstleistungssektor tätig. Die Gruppenmitglieder sind im Durchschnitt etwas jünger als die Mitglieder der anderen Gruppen. 45 Prozent sind jedoch auch hier über 60 Jahre alt. In keiner anderen Gruppe sind höhere Angestellte und Beamte so stark vertreten: 28 Prozent ordnen sich dieser Berufsgruppe zu (Gesamtanteil CDU-Mitglieder: 18 Prozent). Ebenfalls (leicht) erhöht ist der Selbständigenanteil.

5.4 DIE CHRISTLICH-SOZIALEN (25 PROZENT)

In diesem Milieu finden sich vor allem Befürworter eines sozialstaatlich orientierten Gemeinwesens. In gesellschaftspolitischer Hinsicht gibt es ein Nebeneinander liberaler wie konservativer Gesellschaftsbilder.

In keiner anderen Gruppe stößt der Gedanke einer staatlichen Mindestrente bei großer Eigenfürsorge auf so deutlichen Widerstand. 79 Prozent lehnen ein solches Modell strikt ab. Interessant ist hier ein Vergleich mit der eigenen Position und der vermuteten Mehrheit in der CDU. Während hier vermutet wird, 21 Prozent würden diese Position teilen, sind es tatsächlich insgesamt 44 Prozent. Somit wird die Größe der Lager deutlich falsch eingeschätzt. Einer Garantie von Arbeitsplätzen stimmen 31 Prozent klar zu, 46 Prozent zeigen eine eher diffuse Haltung und 23 Prozent würden eine Garantie ablehnen. Eine stärkere Akzeptanz von staatlich garantierten Arbeitsplätzen findet sich nur noch bei den Traditionsbewussten.

Gesellschaftspolitisch sprechen sich die Mitglieder dieses Typus gegen die Gleichstellung von Ehepaaren mit gleichgeschlechtlichen Paaren aus (85

Prozent). Dem traditionellen Familienbild von nichtberufstätigen Frauen in der Familie stimmen nur 12 Prozent entschieden zu, von 54 Prozent wird es deutlich abgelehnt.

Bei der Ansprache über politische Begriffe zeigen sich abweichende Bedürfnisse. Nach ihrer Ansicht sollte die CDU auf die Begriffe Solidarität, Gerechtigkeit, Gleichheit, Chancengleichheit und Sicherheit deutlich mehr Wert legen. Hierin unterscheidet sich dieser Mitgliedertyp vor allem von den Marktwirtschaftsorientierten, die all diesen Begriffen weniger Relevanz zuschreiben.

Bei der Verteilung der Geschlechter sowie der Ost-West-Verteilung gibt es keine Abweichungen vom Durchschnitt. Ebenso verhält es sich mit Konfession und Kirchengang. Auch hier liegen sie etwa im Durchschnitt der Gesamtmitgliedschaft. In dieser Gruppe sind die mittleren und unteren Bildungsabschlüsse überrepräsentiert. Entsprechend der gesamtpolitischen Ausrichtung dieser Gruppe, gibt es einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Gewerkschaftsverbundenen (26 Prozent). Deutlich stärker, wenn auch nicht überdurchschnittlich, ist die Verbundenheit mit der Kirche (54 Prozent). Die Altersstruktur dieses Mitgliedertyps entspricht in der Verteilung etwa den Durchschnittswerten der Gesamtmitgliedschaft. In der Berufsstruktur sind Angestellte/Beamte, die Tätigkeiten ausüben, die dem mittleren Dienst entsprechen, leicht überrepräsentiert. Selbständige finden sich deutlich seltener in dieser Gruppe.

6. UNTERSCHIEDE ZWISCHEN WEST- UND OSTDEUTSCHLAND

Insgesamt sind die Unterschiede zwischen den alten und den neuen Ländern gering. Nur in einigen wenigen Bereichen ergeben sich spezifische politische Profile.

In den neuen Ländern wird das traditionelle Familienbild³⁴ entschieden abgelehnt. Nur 8 Prozent stimmen der Aussage zu, dass Frauen nach der Geburt von Kindern ihre Berufstätigkeit beenden sollen. 62 Prozent verneinen dies entschieden (West: 43 Prozent). Auch in der Frage der staatlichen Arbeitsplatzgarantie ergeben sich in den neuen Ländern andere Nuancen. So stimmen 36 Prozent deutlich der Forderung zu, dass der Staat jedem das Recht auf einen Arbeitsplatz garantieren sollte (West: 22 Prozent).

Die Mitglieder in den neuen Ländern stufen sich selbst häufiger als in den alten Ländern auf der Stufe der aktiven Mitarbeit ein. 53 Prozent in den neuen und 41 Prozent in den alten Ländern interpretieren ihre Mitgliedschaft als aktiv, was auch die Übernahme von Ämtern/Mandaten beinhaltet.

Im Informationsverhalten ist für die Mitglieder in den neuen Ländern das Fernsehen wichtiger als für die Mitglieder in den alten Ländern (44 Prozent Ost; 37 Prozent West). Wichtiger als im Westen sind darüber hinaus persönliche Kontakte (41:35) und das Internet (22:16). In den alten Ländern hat die Tageszeitung einen größeren Stellenwert (49:36).

Bei konkreten Aktivitäten zeigt sich bei den Mitgliedern in den neuen Ländern insgesamt ein größeres Partizipationspotenzial und -verhalten. Sie fühlen sich etwas schlechter über die Arbeit der Partei informiert und sehen bei den unterschiedlichen Veranstaltungsformen eher die Notwendigkeit, darauf mehr Wert zu legen (Organisation und Durchführung von Mitgliederversammlungen, Diskussionsveranstaltungen mit externen Referenten, gesellige Aktivitäten und der Einrichtung offener kontroverser Foren).

In der Akzeptanz von Koalitionen gibt es in den neuen Ländern eine geringe Verschiebung der Präferenzen. Koalitionen mit der SPD werden sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene besser bewertet als in den alten Ländern. Auf Landesebene werden bürgerliche Koalitionen und Koalitionen mit den Grünen etwas zurückhaltender begrüßt als dies in den alten Ländern der Fall ist, was sicherlich auch Ausdruck der realen Gegebenheiten ist.

Immer noch gibt es in den alten und neuen Ländern unterschiedliche emotionale Einstufungen. Nur eine Minderheit (21 Prozent) in den alten Ländern ist der Ansicht, dass auf die spezifisch ostdeutschen Erfahrungen keine Rücksicht genommen wird. Dies nehmen 44 Prozent der Ostdeutschen so wahr. Verhaltener Optimismus in Bezug auf die deutsche Einheit zeigt sich bei den Westdeutschen: 40 Prozent sind der Ansicht, dass die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland in den nächsten Jahren nicht mehr bestehen werden. Bei der Gleichheit der Lebensverhältnisse zeigen sich die Ostdeutschen weniger optimistisch als die Westdeutschen; von den Ostdeutschen vermuten nur 20 Prozent, dass dies eintritt. Fremdheitsgefühle sind hingegen im Westen stärker ausgeprägt als im Osten. Ein Drittel der Westdeutschen gibt an, die Menschen im Osten seien ihnen fremd, in den neuen Ländern sagen das lediglich 20 Prozent.

EINSTELLUNGEN ZU DEN ALTEN UND NEUEN LÄNDERN		
2006		
	West	Ost
In der CDU wird keine Rücksicht auf die spezifisch ostdeutschen Erfahrungen Mentalitäten und Biografien der Mitglieder genommen.	21	44

EINSTELLUNGEN ZU DEN ALTEN UND NEUEN LÄNDERN		
2006		
	West	Ost
Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland werden in den nächsten Jahren nicht mehr bestehen.	40	24
Nur neue Länder: Die Menschen in Westdeutschland sind mir noch fremd.		20
Nur alte Länder: Die Menschen in Ostdeutschland sind mir noch fremd.	32	

Wiedergegeben sind die Positionen „stimme voll und ganz zu und stimme eher zu“ auf einer 4stufigen verbalisierten Skala.
Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung, Politik und Beratung, Archiv-Nr.: 2006.

Von den CDU-Mitgliedern in den alten Ländern stammen 3 Prozent aus der DDR; in den neuen Ländern beträgt der Anteil der Westdeutschen 15 Prozent.

Die vom Westen abweichende Regionalstruktur spiegelt sich auch in den Wohnorten der Mitglieder wider. Während im Westen 19 Prozent in Großstädten wohnen, beträgt der Anteil im Osten 12 Prozent.

Unterschiede gibt es natürlich auch in der Konfessionsstruktur: In den neuen Ländern gehören 57 Prozent der evangelischen und 23 Prozent der katholischen Kirche an. 35 Prozent der Mitglieder in den alten Ländern sind hingegen evangelisch und 57 Prozent katholisch. Der Anteil der Konfessionslosen liegt in den neuen Ländern bei 17 und in den alten Ländern bei 7 Prozent. In den neuen Ländern ist die Kirchgangsfrequenz niedriger als in den alten Ländern. 21 Prozent der ostdeutschen Mitglieder gehen etwa wöchentlich in die Kirche. In Westdeutschland sind es 29 Prozent.

In den neuen Ländern ist das Bildungsniveau höher. Während in den neuen Ländern 13 Prozent über ein niedriges Bildungsniveau verfügen, sind es in den alten Ländern 22 Prozent. Abschlüsse mit Abitur haben in den neuen Ländern 59 Prozent der Mitglieder, in den alten 44 Prozent. Der Altersdurchschnitt ist in den neuen Ländern niedriger. Dies hängt damit zusammen, dass der Anteil der über 70jährigen geringer ist und die mittleren Jahrgänge stärker vertreten sind. Während sich im Westen in der mittleren Altersgruppe der 40–59jährigen 33 Prozent der Mitglieder befinden, beträgt der Anteil im Osten 45 Prozent. Bei den über 70jährigen gibt es in den alten Ländern ein Übergewicht (26:14).

In den neuen Ländern ist der Anteil der Beamten naturgemäß niedriger als in den alten Ländern. Aufgrund der jüngeren Altersstruktur sind mehr Ostdeutsche berufstätig als Westdeutsche, wohingegen dort der Rentneranteil größer ist. Ein überhöhter Arbeitslosenanteil findet sich hingegen unter den Mitgliedern nicht.

7. ZUSAMMENFASSUNG

Zunächst fällt auf, dass die Einstellungen der Mitglieder zur Partei überwiegend harmonisieren und nur in wenigen Sachfragen polarisieren. Die CDU-Mitgliedschaft ist somit in ihrer Themenstruktur eher als homogen zu bezeichnen. Auch wenn es in konkreten politischen Feldern zu inhaltlichen Diskussionen kommt, besteht in der Mitgliedschaft ein breiter Konsens, der die Partei trägt.

Im langfristigen Trend zeigt sich, dass die CDU-Mitglieder nach wie vor sehr aktiv sind und ein vielfältiges Parteileben unterhalten. Vor allem in der Vereinsstruktur im ländlichen Raum sind sie fest zu Hause. Die Bereitschaft zur innerparteilichen Partizipation bewegt sich auf einem hohen Niveau. Es gibt immer noch eine „stille Reserve“, die für die unterschiedlichsten Aktivitäten – vom Verteilen von Flugblättern und Kleben von Plakaten bis zur Übernahme von Ämtern und Mandaten – mobilisiert werden kann. Die Zufriedenheit mit der Arbeit der Partei ist überwiegend groß. Lediglich bei der Einrichtung offener Foren sehen die Mitglieder Defizite. Das Informationsverhalten ist stark vom Lebensalter abhängig. Die ältere Generation (die über 60jährigen) ist gut über Printmedien (wie z.B. die Parteizeitung) erreichbar, die jüngere über das Internet. Das über das Internet erreichbare nur Mitgliedern offene Mitgliedernetz scheint wenigen Mitgliedern bekannt zu sein. Die Akzeptanz innerparteilicher Reformen ist – von Quoten einmal abgesehen – hoch (Öffnung für Nicht-Parteimitglieder, Mitgliederprinzip bei der Kandidatenwahl und Professionalisierung der Ortsverbände).

Die CDU gilt ihren Mitgliedern insbesondere in Sachfragen als kompetent und wirtschaftsnah. Die CDU wird hochgradig mit den Begriffen Freiheit, Tradition, Heimat und Sicherheit in Verbindung gebracht. Für die Begriffe Reform, Generationengerechtigkeit, Solidarität, Innovation, Leistungsgerechtigkeit und Gerechtigkeit wünschen sich die Mitglieder eine stärkere Beachtung.

In politischen Streitfragen zeichnet sich überwiegend ein einheitliches Meinungsbild ab. Die Mitglieder sind gegen einen schnellen Beitritt der Türkei in die EU, für mehr Einsätze der Bundeswehr in Krisengebieten und die Erlernung der deutschen Sprache bei Ausländern, die in Deutschland leben wollen. Sie lehnen die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren mit Ehepaaren ab.

Die Mitglieder von Parteien wiesen schon immer eine andere soziale Zusammensetzung als die Bevölkerung auf. In Parteien engagieren sich Menschen, die „ressourcenstark“ sind. Arbeiter sind in allen Parteien deutlich unterrepräsentiert und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes überrepräsentiert. Jede Partei hat so etwas wie ein typisches Gesicht, das sie von anderen Parteien unterscheidet. Diese Gesichtszüge prägen die Parteien aber auch von der Bevölkerung. Die Ergebnisse der Umfrage machen deutlich, dass die Mitgliederstruktur der CDU – wie die der anderen Parteien auch – nicht mit der vielfältigen und heterogenen Zusammensetzung der Gesellschaft identisch ist. Die herausragenden Merkmale der Mitglieder, wie hohes Durchschnittsalter, überdurchschnittlicher Männeranteil, starke religiöse Orientierung, Akademisierung und Verankerung im ländlichen Raum, machen umgekehrt auch deutlich, welche Gruppen in der Gesellschaft zur Zeit noch zu wenig angesprochen werden. Dies gilt insbesondere für die neuen Länder, wo eine konfessionell und religiös verwurzelte Mitgliedschaft auf ein weitgehend säkularisiertes Umfeld trifft.

In einer empirischen Analyse von politischen Streitfragen, kristallisierten sich vier Mitgliedertypen heraus, die sich auch sozialstrukturell unterscheiden. Eine solche Analyse ist immer als wissenschaftliches Hilfsmittel zu sehen, die Komplexität der Realität etwas zu reduzieren. Wahrscheinlich wird sich kein Mitglied voll mit einem der Typen identifizieren können. Dies mindert jedoch nicht den Wert der Unterteilung. Die vier Mitgliedertypen unterscheiden sich vor allem durch die Einstellungen zum Sozialstaat und dem traditionellen Gesellschaftsbild. Die Liberalen sind vor

allem in der Gesellschaftspolitik tolerant. Sie unterstützen sowohl marktliberale als auch sozialstaatliche Positionen. Dieser Gruppe gehören vor allem die jüngeren Mitglieder der CDU an. Es gibt einen überdurchschnittlich hohen Frauenanteil. In keiner Gruppe ist die Bindung an die Kirchen schwächer ausgeprägt. Der gesellschaftspolitisch liberale Typ und der traditionsbewusste Typ unterscheiden sich am stärksten voneinander. Vor allem in gesellschaftspolitischen Fragen zeigt sich der Traditionsbewusste konservativ. Hier sind vor allem ältere Mitglieder zu Hause (75 Prozent sind über 60 Jahre alt). Religion und Kirchenbindung sind sehr wichtig. Bei den Marktwirtschaftsorientierten finden sich überdurchschnittlich häufig Männer mit hoher Bildung. Gewerkschaftsorientierte CDU-Mitglieder sind überdurchschnittlich stark im Typus der Christlich-Sozialen beheimatet.

In der Literatur wird der Rückgang der absoluten Mitgliederzahlen häufig als „Krise“ der Volksparteien interpretiert. In dieser Umfrage zeigt sich hingegen, dass sich die Bedeutung von Mitgliedschaft für den Einzelnen verändert hat. Die aktive Gestaltung von Politik steht im Vordergrund, während die sozial-geselligen Motive der Parteiliebe allmählich an Bedeutung verlieren. Für den Beitritt in die CDU sind die auf den politischen Prozess bezogenen Motive wichtiger geworden, was – auch im Vergleich zu 1992 – auf einen neuen Mitgliedertypus hinweist: aktiv und politikorientiert. Daher ist die Aktivitätsbereitschaft trotz gesunkener Mitglieder sogar gestiegen. Rückgang von Mitgliedern sollte daher aus einer neuen Perspektive beleuchtet werden: Sind es überwiegend passive Mitglieder (wahrscheinlich in allen Parteien), die auf dem Rückzug sind, müsste die Debatte um die „Krise“ der Volksparteien neu geführt werden. Die reine Anzahl der Mitglieder würde für die Politik- und Kampagnenfähigkeit der Parteien weniger Bedeutung haben, als die Frage des Aktivitätsniveaus.

- 1| Natürlich kommt es auch hier zu Abweichungen, da der Ort der Beitragszahlung nicht unbedingt mit dem Lebensmittelpunkt übereinstimmen muss, doch ist diese kleine Unschärfe aus empirischer Sicht eher unbedeutend. Die Gewichtung nach Ländern ist auch aufgrund der Überquote in den neuen Ländern notwendig.
- 2| Berlin wird wie in der Mitgliederstatistik zu den alten Ländern gezählt.
- 3| Aus der Umfrageforschung weiß man, dass insbesondere ältere Frauen bei Umfragen eher die Auskunft verweigern.
- 4| Falke, Wolfgang, 1982, Die Mitglieder der CDU. Eine empirische Studie zum Verhältnis von Mitglieder- und Organisationsstruktur, Berlin; Bürklin, Wilhelm P./Neu, Viola/Veen, Hans-Joachim, 1997, Die Mitglieder der CDU, Interne Studie Nr. 148/1997, Sankt Augustin.
- 5| Vgl. Roberto, Heinrich/Lübker, Malte/Biehl, Heiko, Parteimitglieder im Vergleich: Partizipation und Repräsentation. Kurzfassung des Abschlussberichts zum gleichnamigen DFG-Projekt. Potsdam, 2000, http://www.uni-potsdam.de/db/ls_regierungssystem_brd/files/projektbericht_parteimitglieder.pdf, S. 9 ff., vom 24. Februar 2007; Boll, Bernhard, Sozialstruktur und politische Einstellungen, in: Boll, Bernhard/Holtmann, Everhard (Hrsg.), Parteien und Parteimitglieder in der Region, Wiesbaden, 2001, S. 31 ff.
- 6| Sogenannter Ressourcenansatz; s. S. 12 ff.
- 7| Sofern keine andere Quelle angegeben ist, beziehen sich alle vergleichenden Angaben auf die Mitgliederumfrage von 1992/1993, die von der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführt wurde.
- 8| Vgl. Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder seit 1990: Version 2006, in: Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 10, Freie Universität Berlin 2006, Berlin, <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/dokumente/PDF/AHOSZ10.pdf>, vom 19. Februar 2007.
- 9| Die Grünen führen keine zentrale Mitgliederkartei. Vgl. u.a. Walter-Rogg, Melanie/Held, Kerstin, Datenreport und allgemeine Informationen, in: Walter-Rogg, Melanie/Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): Parteien, Parteieliten und Mitglieder in einer Großstadt, Wiesbaden, 2004, S. 299; Hallermann, Andreas: Partizipation in politischen Parteien. Vergleich von fünf Parteien in Thüringen, Baden-Baden, 2002, S. 76.
- 10| Eigene Berechnung, Statistisches Jahrbuch 2006, Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wiesbaden, 2006.
- 11| Datenreport 2004, Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Bonn, 2004.
- 12| Datenreport 2004, Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Bonn, 2004, S. 184.
- 13| Ca. 3,3 Millionen Menschen gehören dem Islam an; etwa zwei Millionen bekennen sich zu anderen christlichen Gemeinschaften. Vgl. Datenreport 2006, Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Wiesbaden, 2006, S. 184.
- 14| Eigene Berechnung, Quelle: Deutsche Bischofskonferenz, Referat Statistik, Bevölkerung und Katholiken nach Bundesländern, 2005; Evangelische Kirche in Deutschland, Statistik, Mitglieder, 2004
- 15| Vgl. Niedermayer, Oskar: Parteimitglieder seit 1990: Version 2006, in: Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 10, Freie Universität Berlin 2006, Berlin <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/dokumente/PDF/AHOSZ10.pdf>, vom 19. Februar 2007.
- 16| Vgl. Datenreport 2006, Bundeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden, 2006, S. 184.
- 17| Vgl. Wolf, Christof: Keine Anzeichen für ein Wiedererstarken der Religion. Analysen zum Wandel von Konfessionszugehörigkeit und Kirchenbindung, in: ISI, Nr. 37, Januar 2007, S. 7 ff.

- 18| Wolf, Christof: Keine Anzeichen für ein Wiedererstarken der Religion. Analysen zum Wandel von Konfessionszugehörigkeit und Kirchenbindung, in: ISI, Nr. 37, Januar 2007, S. 7 ff.
- 19| An gesellschaftlichen Konfliktlinien können Bündnisse zwischen gesellschaftlichen Großgruppen und Parteien entstehen (z.B. die Bindung der Arbeiterschaft (Gewerkschaften an die SPD und die Bindung der Christen/Kirchen an die CDU). Diese gesellschaftlichen Großgruppen sind durch die Sozial- und Wertestruktur miteinander verbunden. Doch ist das entscheidende, dass Parteien die Interessen vertreten und immer wieder aktualisieren. Abgekürzt werden diese Konfliktlinien z.B. mit den Begriffen Arbeit/Kapitel oder Staat/Kirche, Stadt-Land, Zentrum/Peripherie.
- 20| Eigene Berechnung auf der Basis der Wahltagsbefragung von Infratest dimap zur Bundestagswahl 2002. Für die Bundestagswahl 2005 wurden keine Angaben über Kirchengangshäufigkeit, Konfession und Wahlverhalten veröffentlicht.
- 21| Mitglieder von Parteien unterscheiden sich von der Bevölkerung vor allem darin, dass sie ein überdurchschnittliches Bildungsniveau haben und besonders häufig im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. Ihr Einkommen liegt über dem Bevölkerungsdurchschnitt. Somit verfügen sie über intellektuelle, finanzielle und auch die zeitliche Ressourcen (Ressourcenmodell zur Erklärung von politischer Partizipation, vgl. Verba, Sidney/Nie, Norman/Kim, Jae-On: Participation and Political Equality. A Seven-Nation-Comparison. Cambridge, 1978. Für die Entwicklung der Parteiensysteme in Europa: Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein, Party Systems and Voter Alignments. Cross National Perspectives, New York, 1967
- 22| Gluchowski, Peter/Veen, Hans-Joachim, Nivellierungstendenzen in den Wähler- und Mitgliedschaften von CDU/CSU und SPD 1959-1979, in: ZParl, 10, 1979, S. 312 ff.; Gabriel, Oscar/Niedermayer, Oskar, Entwicklung und Sozialstruktur der Parteimitgliedschaften, in: Gabriel, Oscar, Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn 1997, S. 277 ff. Gabriel und Niedermayer sprechen davon, dass im Falle der Union die Loslösung vom Herkunftsmilieu an der abgeschwächten Verankerung im katholischen Milieu einhergeht. Gluchowski/Veen nennen auch den alten Mittelstand. Im Zuge der nachindustriellen Gesellschaftsordnung sind in allen Parteien die Träger der Dienstleistungsgesellschaft (Angestellte und Beamte) die stärkste Gruppe.
- 23| Heinrich, Roberto/Lübker, Malte/Biehl, Heiko, Parteimitglieder im Vergleich: Partizipation und Repräsentation. Kurzfassung des Abschlussberichts zum gleichnamigen DFG-Projekt. Potsdam, 2000, http://www.uni-potsdam.de/db/ls_regierungssystem_brd/files/projektbericht_parteimitglieder.pdf
- 24| Gefragt wurde nach der gegenwärtigen und früheren Berufstätigkeit.
- 25| Heinrich, Roberto/Lübker, Malte/Biehl, Heiko, Parteimitglieder im Vergleich: Partizipation und Repräsentation. Kurzfassung des Abschlussberichts zum gleichnamigen DFG-Projekt. Potsdam, 2000, http://www.uni-potsdam.de/db/ls_regierungssystem_brd/files/projektbericht_parteimitglieder.pdf, S. 12. Die Daten wurden 1998 erhoben.
- 26| Direkte Vergleichsmöglichkeiten zu anderen Parteien sind nicht gegeben, da unterschiedlich erhoben wird. Insgesamt geht man davon aus, dass etwa 40 Prozent der Mitglieder aller Parteien vollständig passiv sind. Nach den Angaben der Potsdamer vergleichenden Mitgliederumfrage wenden 11 Prozent der CDU-Mitglieder 20 Stunden und mehr pro Monat für die Partei auf und 35 Prozent 5 bis 20 Stunden.
- 27| Vgl. S. 25.

- 28| Ein Portal nur für Mitglieder, das über die Homepage der CDU erreichbar ist.
- 29| Die Analyse der Mitgliedertypen basiert auf einer Clusteranalyse. Das Ziel einer Clusteranalyse ist es, z.B. Befragte so in Gruppen zu unterteilen, dass diejenigen, die einer Gruppe angehören, sich möglichst ähnlich sind, während gleichzeitig die Befragten der unterschiedlichen Gruppen deutlich voneinander unterscheidbar sind. Um die Ähnlichkeit zu messen, wird eine Kombination mehrerer Merkmale miteinander verglichen. In diesem Fall flossen in die Clusteranalyse die Meinung zu fünf politischen Fragen, das Alter, die Haltung zu den Kirchen und das Bildungsniveau ein.
- 30| Bei der Auswertung blieben die mittleren/diffusen Zustimmungswerte (+1, 0, -1) unberücksichtigt. Dargestellt sind in diesem Kapitel nur die starken (+3, +2) Zustimmungen und die starken (-3, -2) Ablehnungen. Damit werden die Kontraste zwischen den Gruppen deutlicher.
- 31| Mittelwert auf einer von 1 bis 11 reichenden rechts-links-Skala: Selbst: 6,95, Partei 7,15.
- 32| Fasst man für die unterschiedlichen Milieus die Aussagen „stimme voll und ganz zu“ sowie „stimme eher zu“ ergibt sich folgende Verteilung: Wirtschaftsliberale: 69 Prozent; Sozialstaatsorientierte: 73 Prozent; Traditionsmilieu: 85 Prozent; Liberale: 42 Prozent.
- 33| Mittelwert Selbsteinstufung: 7,66; Mittelwert Partei: 6,76.
- 34| Da in diese Auswertung nur die Randskalenpunkte (+3 und +2 sowie -3 und -2) einbezogen wurden, ergeben sich Abweichungen zu den in Kapitel 4.4 „Politische Streitfragen“ dargestellten Werten. Ziel dieses Kapitels sind die pointierten Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Dr. Michael Borchard
Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung

E-Mail: michael.borchard@kas.de
Tel.: 0 30/2 69 96 35 50
Fax: 0 30/2 69 96 35 51

Dr. Viola Neu
Kordinatorin Wahl- und Parteienforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung

E-Mail: viola.neu@kas.de
Tel.: 0 30/2 69 96 35 06
Fax: 0 30/2 69 96 35 61

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin